

Dritte Sitzung

Mittwoch, 2. September 2009, 9.00 Uhr

Vorsitz: *Chantal Bornož Flück, La Heutte (SP-JUSO)*

Präsenz: Anwesend sind 155 Mitglieder. Entschuldigt abwesend sind: Eva Desarzens-Wunderlin, Erwin Fischer, Sabina Geissbühler-Strupler, Beat Giauque, Urs Scheuss.

194/09

Dringliche Motion Arm, Burgdorf (SP-JUSO) – Ein echter Fan verzichtet auf Gewalt! Dank kantonalem Fanprojekt keine Gewalt an Sportanlässen im Kanton Bern

195/09

Motion Arm, Burgdorf (SP-JUSO) – Keine Gewalt rund um Sportanlässe im Kanton Bern*Gemeinsame Beratung*

Fortsetzung

Präsidentin. J'ai été informée que lors du tournoi de football au niveau fédéral, le canton de Berne a malheureusement été éliminé au premier tour, en perdant contre le canton du Jura.

Therese Beeri-Walker, Münsingen (SP-JUSO). Es ist immer eine Freude, wenn man am Morgen als Erste sprechen darf. Ich danke Ihnen fürs Zuhören. Wir sind froh, dass die beiden Motionen bei der Regierung weitgehend auf Zustimmung stossen. Es ist keineswegs so, dass in den Sportstadien in Sachen Gewalteinämmung und Prävention nichts geschieht, im Gegenteil. Die hohen Kosten beispielsweise der Polizeieinsätze beweisen: Die Probleme werden angepackt. Aber das ist erst der Anfang.

Was schlägt nun Ueli Arm in seinen beiden Motionen Neues vor? Wie können wir als Parlament Einfluss nehmen, um die Sportfans zu unterstützen und um diejenigen, die gewalttätig sind, daran zu hindern? Denn nicht nur Ueli Arm will die Gewalt bei Fussball- und Eishockeyspielen nicht länger akzeptieren – niemand will das. Bei diesem Problem gibt es für einmal keinen Graben zwischen Stadt und Land, auch keine unterschiedlichen Meinungen zwischen Jung und Alt. Alle haben es gründlich satt, am Sonntagabend von Krawallen zu hören anstatt von guten sportlichen Leistungen und begeisterten Fans. Im Moment fliesst viel Geld nicht zu den friedlichen Sportanlässen, sondern es müssen Schäden repariert werden, verursacht durch vandalistische Zerstörung und Gewalt an Menschen.

Zur Motion 194: Die Schaffung eines kantonalen Fanprojekts ist kein eigenes, neues Projekt. Vielmehr soll es den Sportvereinen als kompetente Anlaufstelle dienen und Strategien zur Verhinderung von Gewalt entwickeln. Obwohl wir wissen, dass die Klubs in der Fanarbeit eine zentrale Rolle spielen, muss ihnen klar sein, dass sie erstens in ihren Bemühungen nicht allein gelassen werden und dass Beratung für die Umsetzung von Projekten vorhanden ist, die auf die betreffenden Klubs zugeschnitten sind. Zweitens müssen die Ziele dieser Massnahmen klar definiert sein. Drittens müssen alle Verantwortlichen zusammenarbeiten und die Klubs müssen wissen, dass es nun so läuft. Die Fanarbeit soll professionell organisiert und überall gleich verbindlich sein, sei es in Bern oder in Langnau. Der Regierungsrat sieht auch die Proble-

matik der Schnittstelle zu den Projekten in anderen Kantonen, in dem Sinn, dass klar definierte Präventionsarbeit, bei der alle am selben Strick ziehen, Erfolg bringt.

Zur Motion 195: Demselben Ziel dient auch die zweite Motion, die einen kantonalen «Runden Tisch» verlangt: keine Gewalt an Sportanlässen, sei es im Seeland oder wenn YB gegen GC spielt. In der Antwort der Regierung ist zu lesen, dass sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene bereits grosse Anstrengungen unternommen wurden, zum Beispiel mit der Gruppe Task Force der Polizei. Aber sind diese Anstrengungen auch koordiniert? Weiss der Sicherheitsdienst im Stadion, was die Polizei draussen macht? Warum ärgert man sich drinnen, dass draussen die Petarden nicht gefunden wurden? Soll man sich drinnen darum kümmern, wenn die Besucher bereits vor dem Stadion grölen und drohen? Sind die Sicherheitsbestrebungen flexibel genug, um plötzlich auftretende aggressive Gruppen zu kontrollieren? Die Motion verlangt ein lückenloses Zusammenspiel aller Verantwortlichen mit dem Ziel, dass den Problemen überall gleich begegnet wird und dass die Hooligans das begreifen. Der kantonale «Runde Tisch» ist notwendig und muss für die Zusammenarbeit der Akteure in allen kleinen und grossen Städten des Kantons vorbildhaft sein; in der Zielsetzung verbindlich, in der Ausführung der Situation angepasst. Die SP-JUSO unterstützt beide Motionen oder eventuell die Postulate in allen Punkten. Das politische Signal des Grossen Rats muss klar und deutlich sein.

Zusätzlich zu den Forderungen der Motion können wir ins Ausland blicken. Dort wird mit der kleinen Gruppe gewaltbereiter Hooligans, die mehr an Gewalt als an Sport interessiert sind, viel strenger umgegangen. In England ging die Gewalt in den Fussballstadien zurück, weil die Vereine unter anderem die Eintrittspreise massiv erhöht haben. An einer solchen Lösung habe ich keine Freude, denn damit werden ganze Zuschauergruppen wie Familien oder schlechter Verdienende ausgeschlossen. Deutschland hat sich aufgrund seiner Erfahrungen mit der WM zu recht rigorosen Massnahmen entschlossen; diese zeigen aber Wirkung und setzen deutliche Signale. Kein Alkohol an grossen Sportanlässen, alkoholisierte Besucher werden in Gewahrsam genommen, rasche und strenge Sanktionierung der Schläger, klare Aufgabenteilung zwischen Polizei und Sicherheitsleuten bzw. Überdenken der jetzigen Aufgabenteilung, harte Bussen gegen Verstösse gegen die Stadionordnung oder bei Tätlichkeiten gegen Spieler oder weitere Personen: Solche Massnahmen müssen koordiniert und schrittweise umgesetzt werden, ungeachtet der Proteste von Bierproduzenten. Also: gemeinsam die Probleme anpacken; die Politik gibt die Richtung vor.

Klaus Künzli, Ittigen (FDP). Ich kann mich kurz fassen: Die FDP-Fraktion unterstützt die beiden Vorstösse im Sinn der regierungsrätlichen Antwort als Motion beziehungsweise als Postulat, allerdings nicht mit grosser Begeisterung. Wir sind der Meinung, dass grundsätzlich jede Massnahme, die ziel führend Gewaltexzesse an Sportanlässen vermindert, Unterstützung verdient. Dazu gehören auch die Fanprojekte, die auf verschiedenen Ebenen bereits heute eingeführt sind und zweifellos ihren Teil zur Schadensbegrenzung in und um Stadien beitragen. Dabei spielen vor allem die Klubs eine massgebliche Rolle. Wenn der Kanton bereit ist, im Bereich der Fanarbeit eine Koordinationsrolle zu übernehmen, garantiert das ein einheitliches Vorgehen im ganzen Kantonsgebiet und ist zu begrüßen. Bei der Forderung nach einem kantonalen «Runden Tisch» ist festzuhalten, dass auf nationaler Ebene eine solche Institution seit einiger Zeit besteht. Ziel dieses Projekts ist es, zuhanden der Kantone einheitliche Empfehlungen und Massnahmen zu erlassen, die letztlich regional umgesetzt werden müssen. Auf dieser Stufe funktio-

niert das Instrument «Runder Tisch» bereits heute. Zudem übernimmt die Task Force Sport der Kantonspolizei im Bereich der Information Koordinationsaufgaben. Aus diesen Gründen ist die FDP-Fraktion der Meinung, die bestehenden Instrumente und die gesetzlichen Regelungen müssten eigentlich genügen, um die Problematik der gewaltbereiten Fans in den Griff zu bekommen. Wir unterstützen dennoch, dass der Kanton prüft, ob ein kantonsübergreifender «Runder Tisch» die Situation weiter verbessern könne.

Bei allen Anstrengungen, Fanprojekten und «Runden Tischen» kommen wir jedoch nicht darum herum, der Gewaltbereitschaft, die nur von einigen wenigen unverbesserlichen Fans ausgeht, auch mit unmissverständlich repressiven Massnahmen zu begegnen. Denn viele der gewaltbereiten Fans verstehen leider nur diese Sprache. Dazu gehören nebst strafrechtlichen Massnahmen auch einschneidende Stadionverbote. Solche Strafen müssen den betroffenen wehtun. Denn es kann nicht sein, dass man Gewaltbereitschaft und gewalttätige Auseinandersetzungen immer und immer wieder diskutiert, analysiert und versucht, sie lediglich im Sinn von präventiven Wohlfühlmassnahmen anzugehen. Es braucht eindeutig beides. Wir bitten deshalb den Rat, den Vorstössen im Sinn der Regierung zuzustimmen.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. In der umfassenden Antwort ist die Haltung der Regierung zu den beiden Vorstössen abgebildet, die ich gestern zu Beginn der Debatte bereits ausführlich begründet habe. Es ist mir sehr wichtig, in Zukunft die Elemente, die ich gestern erwähnte, realisieren zu können, und zwar nicht nur im Kanton Bern, sondern überall in der Schweiz, wo Gewalt im Fussball ein Thema ist – natürlich primär im Kanton Bern, denn dafür sind wir zuständig. Wie Grossrätin Beeri am Schluss ihres Votums sagte, muss die Politik die Richtung vorgeben und die Regeln bestimmen. Das ist eigentlich überall das Normale. Und es muss auch hier zur Normalität werden. Dann bringen wir in einer guten Zusammenarbeit mit Klubs und Verbänden Lösungen zustande, die letztlich auch in die Sanktionen münden, welche diejenigen Leute treffen, die sich nicht an die Regeln halten, und die diesen Leuten wehtun.

Ich bin froh, dass Grossrat Arm diese beiden Vorstösse eingereicht hat. Den Grund, warum die Regierung die zweite Motion als Postulat annehmen will, hat sie in ihrer Antwort wohl hinlänglich erklärt. Es geht nicht darum, sich aus der Verantwortung zu schleichen; ich halte es jedoch für sinnvoll, der Regierung in diesem Bereich einmal den Prüfungsauftrag zu erteilen. Ich bitte Sie, die beiden Vorstösse im Sinn der Regierung zu überweisen.

Ueli Arm, Burgdorf (SP-JUSO). Eine kurze Bemerkung zum Kollegen Ueli Spring: Es wurde angetönt, kleine Vereine können das nicht durchführen. Ich gehe davon aus, dass es bei Anlässen wie Hornussen, Schwingen, Bocciaspiel oder Synchronschwimmen bis jetzt keine Probleme mit gewaltbereiten Fans gab. Und zwar nicht, weil dort keine guten Leistungen erbracht würden, sondern weil dort eine ganz andere Problematik herrscht. Meine Motion verlangt ausdrücklich, dass der Kanton die Leaderrolle übernimmt und selber aktiv wird, um ein Fanprojekt zu schaffen, damit die zunehmende Gewalt während und rund um Sportanlässe eingedämmt werden kann. Ich habe immer wieder betont und auch im Vorfeld klar kommuniziert: Es handelt sich vor allem um Fussball- und Eishockeyklubs; ich denke, es sind sieben Vereine in den beiden obersten Ligen, die davon betroffen sind. Es geht überhaupt nicht darum, grösseren oder kleineren Sportvereinen, die Anlässe organisieren und keinerlei

Probleme mit Fans haben, irgendwelche Projekte aufzuzwingen. Es ist wichtig, dass wir uns auf diejenigen Vereine beschränken, die heute zum Teil Probleme mit ihren Fans haben. Ich bitte Sie, die Motion «Ein echter Fan verzichtet auf Gewalt» anzunehmen. Ich verlange Namensaufruf. Es ist sicher interessant, zu sehen, wer wirklich hinter der Motion steht und wer nicht. Die zweite Motion wandle ich in ein Postulat.

Präsidentin. Je résumé: nous allons voter sur la première motion à titre nominal et le motionnaire a transformé sa deuxième motion en postulat. Nous devons d'abord avoir le quorum pour le vote nominal.

Abstimmung

Für namentliche Abstimmung 80 Stimmen

Namentliche Abstimmung

Für Annahme der Motion stimmen: Aebischer, Aellen, Ammann, Amstutz, Arm, Astier, Balli-Straub, Baltensperger, Barth, Baumberger, Baumgartner, Beeri-Walker, Bernasconi (Bern), Bernasconi (Worb), Bieri (Oberbipp), Bieri (Spiez), Blanchard, Blank, Blaser, Blaser-Gerber, Bommeli, Brand, Bregulla-Schafroth, Brönnimann, Brunner, Burkhalter, Eberhart, Etter, Feller, Fischer (Meiringen), Flück, Freiburghaus, Fuchs, Gasser, Gerber, Gfeller, Graber, Gränicher, Grimm, Grivel, Grossen, Haas, Hadorn, Haldimann, Hänsenberger-Zweifel, Häslar, Haudenschild, Hess, Hirschi, Hofmann, Hufschmid, Iannino Gerber, Indermühle, Iseli, Jenk, Jenni, Jost, Keller, Kilchherr, Kipfer, Kleiner, Kronauer, Küng-Marmet, Künzli, Lauterburg-Gygax, Leuenberger, Linder, Löffelwenger, Loosli-Amstutz, Lüthi, Marti Anliker, Masshardt, Messerli (Kirchdorf), Messerli (Nidau), Moeschler, Morgenthaler, Morier-Genoud, Mühlheim, Neuschwander, Oester, Pauli, Pfister, Ramseier, Reber, Rérat, Rhyn, Ruchti, Rufer-Wüthrich, Ryser, Schär, Scherrer, Scheurer, Schlegel, Schmid, Schmidhauser, Schnegg-Affolter, Schori, Schwarz-Sommer, Siegenthaler, Simon-Jungi, Stalder, Staub, Steiner, Steiner-Brütsch, Streiff-Feller, Struchen, Stucki (Ins), Stucki-Mäder, Sutter, Vaquin, Vaucher-Sulzmann, von Allmen (Gimmelwald), von Allmen (Thun), Wälchli, Wasserfallen, Zryd, Zuber, Zumbrunn, Zumstein (119 Ratsmitglieder)

Dagegen stimmen: (Keine Ratsmitglieder)

Der Stimme enthalten sich: Bernhard-Kirchhofer, Kurt, Spring (3 Ratsmitglieder)

Abwesend sind: Antener, Bhend, Burkhalter-Reusser, Burn, Desarzens-Wunderlin, Fischer (Lengnau), Friedli, Fritschy-Gerber, Früh, Geissbühler, Giaque, Hänni, Heuberger, Hostettler, Kast, Klopfenstein, Kneubühler, Kropf, Lanz, Lemann, Markwalder, Messerli (Interlaken), Meyer, Moser, Näf-Piera, Pardini, Rösti, Schärer, Scheuss, Schneiter, Sommer, Stalder-Landolf, Stucki (Bern), Studer, Viloz-Muamba, Widmer, Wyss (37 Ratsmitglieder)

Präsidentin Chantal Bornoz Flück stimmt nicht.

Präsidentin. La motion est acceptée par 119 oui, 0 non et 3 abstentions.

Abstimmung

Für Annahme des Postulats 124 Stimmen

Dagegen 0 Stimmen

0 Enthaltungen

196/09

Dringliche Motion Blank, Aarberg (SVP) – Sicherheitslücke im Strafvollzug schliessen*Wortlaut der Motion vom 29. Mai 2009*

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug SMVG so abzuändern bzw. zu ergänzen, dass künftig in dringenden Fällen auch die Vollzugsbehörden Personen mit stark erhöhtem Gefährdungspotential in Sicherheitshaft nehmen können.

Begründung.

Sowohl gestützt auf die heutigen gesetzlichen Grundlagen wie auch im neuen Strafrecht besteht eine Sicherheitslücke. Dies im Zusammenhang mit Tätern, die sich nach Ablauf einer Strafe oder Massnahme wieder in der Öffentlichkeit bewegen dürfen, deren Verhalten jedoch eine Gefährdung der Öffentlichkeit wahrscheinlich macht. Ohne gerichtliche Verfügung oder ohne dass die Voraussetzungen für eine Untersuchungshaft erfüllt sind, können solche Personen je nach Einzelfall nicht in Sicherheitshaft gesetzt werden. Die Vollzugsbehörden müssen machtlos zusehen. Der neue Art. 440 StPO sieht zwar vor, dass die Vollzugsbehörde eine verurteilte Person zur Sicherung des Vollzugs in Sicherheitshaft setzen kann. Vorausgesetzt ist jedoch, dass ein vollziehbares Urteil vorliegt. Personen, gegen die kein solches Urteil vorliegt, die jedoch zum Beispiel bedingt aus einer Freiheitsstrafe oder einer Massnahme oder einer Verwahrung entlassen worden sind, können jedoch ohne gerichtliches Urteil nicht wieder inhaftiert werden. Bei solchen Personen kann sich jedoch durch deren Verhalten nach der Entlassung eine Gefährdung der Öffentlichkeit durch weitere schwere Straftaten ergeben. Dies, ohne dass die Voraussetzungen zur Anordnung einer Untersuchungshaft gegeben wären. Den Vollzugsbehörden sind die Hände in solchen Fällen gebunden bis zu einem neuen Gerichtsurteil. Dies dauert dann möglicherweise zu lange und die Person wird tatsächlich rückfällig.

Damit entsteht eine Sicherheitslücke, welche weder im neuen StGB noch in der neuen (noch nicht rechtskräftigen) StPO klar genug geregelt ist. Deshalb benötigt es eine entsprechende gesetzliche Grundlage, damit die Vollzugsbehörde, nämlich die zuständigen Stellen der Polizei- und Militärdirektion, in dringenden Fällen die Möglichkeit hat, Sicherheitshaft anzuordnen, wenn die Gefährdung der Öffentlichkeit nicht anders beseitigt werden kann.

(Weitere Unterschriften: 0)

Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 12. August 2009

Weder das Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) noch die eidgenössische Strafprozessordnung (StPO; BBl 2007 6977) enthalten eine ausreichende gesetzliche Grundlage, um Personen – nach deren bedingten Entlassung aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug beziehungsweise nach Aufhebung einer stationären Massnahme infolge Aussichtslosigkeit – in Sicherheitshaft zu versetzen, wenn sie durch ihr Verhalten die Begehung neuer schwerer Straftaten befürchten lassen und das zuständige Gericht noch nicht über die Rückversetzung entschieden hat. Der Motionär schildert die Ausgangslage zutreffend.

Gegenwärtig enthält auch das kantonale Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG; BSG 341.1) keine entsprechende gesetzliche Grundlage zur Anordnung von vollzugsrechtlicher Sicherheitshaft. Im Rahmen der Änderung des SMVG im Hinblick auf das Inkrafttreten der StPO ist daher die Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage vorgesehen. Da der Vollzug von Strafen und Massnahmen im kantonalen Aufgabenbereich liegt (vgl. Artikel 372 StGB), kommt dem Kanton auch die Kompetenz zu, die vollzugsrechtlichen Bestimmungen zu erlassen. Dabei wird aber wesentlich sein, dass die Anordnung der Sicherheitshaft durch die Vollzugsbehörden möglichst schnell durch ein Gericht überprüft wird, handelt es sich doch um einen einschneidenden Eingriff in die Rechte der betroffenen Personen.

Die Polizei- und Militärdirektion hat das erste Mitberichtsverfahren zur vorgesehenen Änderung der SMVG am 15. Juni 2009 eröffnet. Der Grosse Rat wird sich nach derzeitigem Zeitplan mit der geplanten Änderung des SMVG voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2010 befassen können; das Inkrafttreten der neuen Bestimmung ist gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der StPO, voraussichtlich also auf den 1. Januar 2011, vorgesehen. Antrag: Annahme

Präsidentin. Le gouvernement approuve la motion. Est-ce qu'elle est combattue dans la salle? – Ce n'est pas le cas.

*Abstimmung*Für Annahme der Motion
Dagegen121 Stimmen
0 Stimmen
0 Enthaltungen

199/09

Dringliche Motion SP-JUSO (Rhy, Zollikofen) – Keine ID mit biometrischen Daten, kein unnötiger Abbau des Service public: Anträge für Identitätskarten sollen weiterhin bei jeder Gemeindeverwaltung möglich sein.*Wortlaut der Motion vom 2. Juni 2009*

Im Hinblick auf die bevorstehende notwendige Nachbesserung der Bundesgesetzgebung betreffend das Ausweisgesetz (Bundesbeschluss, Ausweisgesetz, Ausweisverordnung) wird der Regierungsrat aufgefordert,

1. bei den Bundesbehörden zu intervenieren mit dem Ziel, dass Schweizer Bürgerinnen und Bürger künftig auswählen können zwischen dem Schweizerpass mit biometrischen Daten (mit entsprechendem Chip) und einer Identitätskarte ohne Datenchip;
2. dafür zu sorgen, dass Identitätskarten ohne Datenchip im Kanton Bern weiterhin auch bei jeder Gemeindeverwaltung beantragt werden können.

Begründung

Bereits im Vorfeld der Referendumsabstimmung und besonders nach der sehr knappen Annahme des revidierten Ausweisgesetzes waren sich Gegner und Befürworter der Vorlage einig, dass für längere Zeit keine Notwendigkeit besteht, nebst dem neuen Schweizer Pass auch die Schweizer Identitätskarte (ID) mit biometrischen Daten zu versehen.

Wohl auf Druck des Referendums gab das Bundesamt für Polizei mit Medienmitteilung vom 18. 02. 2009 bekannt, dass die «ID weiterhin ohne Datenchip» ausgestellt wird. Die Vorsteherin des EJPD erklärte an einer Pressekonferenz im

März 2009, dass die Abstimmungsvorlage zwar die gesetzliche Grundlage schaffe für eine ID mit Datenchip, «doch ob es je eine Schweizer ID mit elektronisch gespeicherten Daten geben wird, ist offen».

In der Tat verlangen weder die USA noch die EU von der Schweiz, Identitätskarten mit biometrischen Daten auszustellen. Das Schengen-Abkommen erlaubt den freien Personenverkehr auch mit einer chipfreien ID, also ohne biometrische Daten.

Es wird deshalb für längere Zeit kein Zwang bestehen, die Schweizer ID mit einem Datenchip auszurüsten. Damit entfällt auch der Zwang zu einer einschneidenden Änderung des Antrags- und Ausstellungsverfahrens.

Zwar werden demnächst einige EU-Staaten biometrische IDs einführen (Deutschland und Italien mit Wahlrecht mit/ohne Fingerabdruck). Eine Rechtssetzungskompetenz der EU zum Thema ID gibt es aber nicht. Es ist nur die Wirtschaftslobby (z. B. Philips/Holland für den Chip und Siemens/Deutschland für die Software) welche aus rein kommerziellen Interessen auf biometrische Ausweise drücken. Es gibt eine Entschliessung des EU-Ministerrats vom 04. 12. 2006, die den Mitgliedstaaten empfiehlt, im Falle einer Einführung biometrischer IDs gemeinsame Standards zu wahren. Diese Entschliessung kann aber nicht zu einer Einführung verpflichten (Ratsdokument 15801/06 – Presse 341). Eine Einführung steht zurzeit auch nicht in Aussicht.

Die Regierung und die zuständige Polizei- und Militärdirektion sind deshalb aufgefordert, sich bei der Bereinigung der Gesetzesgrundlagen auf Bundesebene für jenes Verfahren einzusetzen, das im Entwurf zur Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisverordnung, VAwG) vom EJPD am 18.6.2008 in die Vernehmlassung geschickt wurde:

«Artikel 61ter

Verfahren zur Ausstellung von Identitätskarten bei der Wohnsitzgemeinde: Antrag

¹ Die Kantone können vorsehen, dass Identitätskarten ohne Datenchip weiterhin in der Wohnsitzgemeinde beantragt werden können.

² Die antragstellende Person hat persönlich bei der Wohnsitzgemeinde vorzusprechen und sich über ihre Identität auszuweisen. Sie muss eine Fotografie mitbringen. Die Anforderungen an die Fotografie werden durch das Departement festgelegt.

³ Die Wohnsitzgemeinde füllt das Antragsformular gestützt auf die Angaben des Familienregisters, den Heimatschein oder von Infostar vollständig und richtig aus.

⁴ Die antragstellende Person hat mit ihrer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben zu bestätigen und die Gebühr für den Ausweis zu entrichten.

⁵ Die Wohnsitzgemeinde sendet das vollständig ausgefüllte Antragsformular an die zuständige ausstellende Behörde.»

Die Einführung dieses Verfahrens würde es erlauben, den Bürgerinnen und Bürgern des Kantons Bern diese Dienstleistung wesentlich kundenfreundlicher zu erbringen als mit dem Zwang, eines der 7 kantonalen Ausweiszentren (für die Ausstellung der biometrischen Pässe) persönlich aufzusuchen. Aus dem Saanenland müssten zum Beispiel alle Rentner und Rentnerinnen und jede Familie persönlich nach Thun oder Interlaken reisen, um eine ID zu beantragen. Diese Abkehr von der bewährten Bürgernähe der Gemeinden würde den ganzen Reiseaufwand und die Mehrkosten auf die Antragstellenden überwälzen.

Dieser besonders für ältere und gehbehinderte Personen beschwerliche Zwang ist für eine chiplose ID ohne biometrische Daten nicht sinnvoll und auch nicht nötig, solange eine

normale Schweizer ID in unseren 5 Nachbarstaaten und 24 weiteren europäischen Ländern gültig ist.

(Weitere Unterschriften: 14)

Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 12. August 2009

Zu Ziffer 1

Das Schweizer Volk hat der Einführung von elektronisch gespeicherten Daten im Schweizer Pass und den Änderungen im Ausweisgesetz am 17. Mai 2009, wenn auch nur knapp, zugestimmt. In Artikel 2 dieses Gesetzes wird festgehalten, dass Ausweise mit einem Datenchip versehen werden können. Der Bundesrat legt fest, welche Ausweisarten dies betrifft. Im Entwurf der Ausweisverordnung (Verabschiedung voraussichtlich im September 2009) wird klar festgehalten, dass ab 1. März 2010 lediglich im Pass biometrische Daten elektronisch gespeichert werden. Dem Anliegen der Motionäre unter Ziffer 1 wird damit Rechnung getragen.

Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat sich anlässlich der Abstimmung auch klar darüber geäußert, dass eine allfällige spätere Einführung einer Identitätskarte mit Chip gut geprüft werde. Allenfalls werde gleichzeitig eine Identitätskarte ohne Chip abgegeben, die jedoch unter Umständen nur noch als Identitätspapier im Inland genutzt werden könne. Sollte der Kanton Bern zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung der Ausweisverordnung zur Vernehmlassung erhalten, wird er die Umstände genau prüfen und erst dann, nach Kenntnis aller Fakten, über eine Antwort entscheiden.

Zu Ziffer 2

Das gültige Ausweisgesetz des Bundes hält in den Übergangsbestimmungen folgendes fest:

Identitätskarten ohne Datenchip können im Inland nach dem Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung noch während längstens zweier Jahre wie bisher in der Wohnsitzgemeinde beantragt werden; die Kantone bestimmen, ab wann Identitätskarten nur noch bei den ausstellenden Behörden beantragt werden können.

Dieser Umstand wurde vor der Abstimmung ganz klar in den Erläuterungen des Bundesrats, dem so genannten Abstimmungsbüchlein, auf Seite 18 mit folgenden Worten kommuniziert:

Die heutige Identitätskarte (ID) wird auf diesen Zeitpunkt (1. März 2010) nicht angepasst. Angepasst wird das Ausstellungsverfahren für die ID. Nach einer Übergangsbestimmung von maximal zwei Jahren werden neu die Kantone statt die Gemeinden für die Anträge zuständig sein.

Somit steht klar fest, dass das Antragsverfahren gemäss Artikel 61ter der Ausweisverordnung nur noch maximal zwei Jahre über die Gemeinden abgewickelt werden kann. Ansonsten müsste eine Gesetzesänderung auf Bundesstufe angestrebt werden.

In den Antworten zu den Motionen Rösti 025/08 (mit 93 nein zu 35 ja abgelehnt), Küng 045/08 (mit 96 nein zu 36 ja abgelehnt) und Grossen 042/08 (umgewandelt in Postulat; mit 69 nein zu 66 ja abgelehnt) sind die Gründe, weshalb sich die Polizei- und Militärdirektion für eine gleichzeitige Übernahme des neuen Antragsverfahrens entschieden hat, bereits umfassend dargelegt worden.

Der Regierungsratsbeschluss vom 15. Januar 2008 (RRB 0053/2008) mit dem Entscheid zur Führung von sieben Ausweiszentren basiert auf dem Grundsatz, dass diese Zentren für die Antragstellung aller Personalausweise zuständig sind. Mit dem Wegfall der Identitätskarten würden sich die Antragszahlen verringern, und der benötigte Beschäftigungsgrad würde in vier Zentren unter 100 Prozent fallen. Damit könnte dort die Dienstleistung nicht mehr an fünf Tagen die Woche angeboten werden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht müsste das Angebot auf die drei Ausweiszentren in Bern, Biel

und Thun reduziert werden. Öffnungszeiten ausserhalb der üblichen Büroarbeitszeiten könnten aufgrund der kritischen Grösse für eine Organisationseinheit nur noch im grössten Zentrum in Bern angeboten werden. Das heutige Mobilitätsverhalten des Grossteils der Bevölkerung des Kantons Bern zeigt, dass für verschiedene Aktivitäten regelmässig eine der sieben grösseren Ortschaften mit Ausweiszentren oder deren Nähe aufgesucht wird, sei dies zum Einkaufen, zum Arztbesuch, im Rahmen eines Ausflugs oder sehr häufig auch, um eine beruflichen Tätigkeit auszuüben. Für jenen Teil der Bevölkerung, der nicht dieses Mobilitätsverhalten hat, darf ein einmaliger Besuch in einem der sieben Zentren innerhalb von zehn Jahren (Gültigkeit Ausweise für Erwachsene) oder fünf Jahren (Gültigkeit Ausweise für Kinder) als zumutbar gelten. Personen mit schwerer geistiger oder körperlicher Behinderung sind von der persönlichen Vorsprache befreit. Ihre Daten werden durch die Ausweiszentren am Wohn- und Aufenthaltsort der Person mit einer mobilen Erfassungsstation aufgenommen.

Es wäre einerseits nicht effizient und andererseits mit zusätzlichen Kosten verbunden, wenn für den Pass und die Identitätskarte unterschiedliche Prozesse bestünden. Steigende Gebühren wären möglicherweise die unerwünschte Folge. Das unterschiedliche Antragsverfahren würde dem Kanton Bern unnötige Raumkosten verursachen, entweder für Büroflächen, die während zwei Jahren leer stehen oder aber für den erneuten Umbau oder gar Umzug nach Ablauf der zweijährigen Übergangsfrist. Die Gemeinden dürften mit der Identitätskarte alleine kaum mehr kostendeckend arbeiten können, da die Identitätskarte für Kinder über die Pässe für Erwachsene querfinanziert werden.

Zwei unterschiedliche Verfahren und Zuständigkeiten für den Pass und die Identitätskarte würden in der Bevölkerung Verwirrung stiften, zumal eine solche Übergangsregelung nur für die Dauer von maximal zwei Jahren gälte. Bei jährlich bis zu 60 000 Anträgen für das Kombi-Angebot (Pass und Identitätskarte zusammen) würden sich Vorsprachen bei der falschen Stelle häufen, denn viele Bürgerinnen und Bürger entscheiden sich erst auf der Gemeinde für das so genannte «Kombi». Diese Bürgerinnen und Bürger müssten dann trotzdem noch ein Ausweiszentrum aufsuchen. Sie hätten also den Weg auf die Gemeinde und die Ausgaben für das Foto vergebens auf sich genommen.

Die Beantragung einer Identitätskarte in einem der sieben Ausweiszentren bringt deutliche Vorteile mit sich, denn die Antragsstellung kann in einem Schritt erledigt werden:

- Es muss vorgängig kein Foto auf eigene Kosten besorgt werden. Dieses wird direkt im Ausweiszentrum nach den Vorgaben des Bundes aufgenommen und ist in der Gebühr inbegriffen. Diese Dienstleistung ist dank einem effizienten Verfahren ohne Gebührenerhöhung möglich.
- Bei Verlust der alten Identitätskarte muss vorgängig keine Polizeistelle mehr aufgesucht werden. Die Verlustmeldung kann neu direkt im Ausweiszentrum aufgegeben werden.
- In den neuen Ausweiszentren mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten können die Anträge rasch und effizient entgegengenommen, direkt bearbeiten und ausgelöst werden.
- Mit der geplanten Lösung entfallen einige Prozessschritte sowie verschiedene Wege und Absprachen zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Pass- und Identitätskartendienst. Dadurch kann die Bearbeitungszeit von der Aufnahme der Personaldaten bis zur Auslieferung der Ausweise von heute max. 15 Tagen auf max. 10 Tage reduziert werden.

Fazit

Der Regierungsrat wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung der Ausweisver-

ordnung die Umstände genau prüfen und in Kenntnis aller Fakten entscheiden, ob er die Beibehaltung einer Identitätskarte ohne Datenchip beantragen bzw. unterstützen will.

Eine Abwicklung des Ausstellungsverfahrens über die Gemeinden lehnt der Regierungsrat ab. Antrag: Ziffer 1 Annahme als Postulat, Ziffer 2 Ablehnung.

Hans-Jörg Rhy, Zollikofen (SP-JUSO). Es wird in absehbarer Zeit keine Identitätskarten (ID) mit integrierten biometrischen Daten geben. Mit dieser Behauptung stütze ich mich auf zahlreiche mündliche und schriftliche Äusserungen des Bundesamts für Polizei und der Vorsteherin des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments. Diese Erklärungen waren vor allem vor der Volksabstimmung zu hören. Nach dem äusserst knappen Resultat der Abstimmung wurden sie zum grössten Teil bestätigt. Der biometrische Pass wird voraussichtlich eingeführt, wenn die Abstimmung validiert sein wird; die biometrische ID jedoch nicht. Für längere Zeit wird es zudem gar nicht nötig sein, ID mit biometrischen Daten auszustellen. Denn bei Reisen im gesamten Schengenraum wird die heutige ID gültig bleiben. Einen Einführungsbeschluss des europäischen Ministerrats für ID mit biometrischen Daten gibt es nicht; ein solcher wird auch nicht in Aussicht gestellt. Ein Zwang zur ID mit biometrischen Daten ist daher für eine recht lange Zeit in Europa rechtlich kein Thema, und die Befürchtung, eine ID ohne Datenchip könne bald nur noch im Inland genutzt werden, ist recht weit hergeholt.

In der Schweiz ist auf Bundesebene noch sehr vieles unklar. Weil zum Beispiel das Zitat der Berner Regierung betreffend Erläuterung im Abstimmungsbüchlein und die ebenfalls zitierten Übergangsbestimmungen zum Ausweisgesetz betreffend das Ausstellungsverfahren für die ID in krassstem Widerspruch stehen zur neuen Formulierung von Artikel 61ter der Ausweisverordnung, wie sie im Sommer 2008 in die Vernehmlassung geschickt worden war. Das Verfahren, das in die Vernehmlassung geschickt worden war, das «Verfahren über den Antrag zur Ausstellung von IDs bei der Wohnsitzgemeinde», können Sie auf Seite 2 der Motion in unserer Begründung nachlesen. Es regelt präzise das Vorgehen der Gemeinden und würde genau unseren Vorstellungen eines guten Service public oder einer bevölkerungsfreundlichen Dienstleistung entsprechen. Über das Ergebnis der Vernehmlassung hat man leider bis heute nichts vernommen.

Das Ausweisgesetz und seine Verordnung sind seit der Volksabstimmung eine einzige Baustelle. Die Widersprüche in den Gesetzestexten und den Übergangsbestimmungen bestehen weiterhin und wurden weder vom Bundesrat noch vom EJPD geklärt, obwohl sie von verschiedenen Parlamentariern und Organisationen aufgezeigt wurden. In der staatspolitischen Kommission des Nationalrats stehen mehrere parlamentarische Initiativen zur Diskussion und weitere Vorstösse zum Ausweisgesetz sind eingereicht. Die angeblich nur noch zwei Jahre bestehende Möglichkeit der Ausstellung einer ID durch die Gemeinden ist damit jedenfalls auch nicht in Stein gemeisselt. Aufgrund der bevorstehenden Korrekturen am Ausweisgesetz ist die Argumentation mit den bundesgesetzlichen Grundlagen in unserer Motion zumindest unserer Meinung nach nicht oder nicht mehr zulässig. Wir sind erstaunt, dass die Polizeidirektion und die Regierung immer noch glauben, es könne in absehbarer Zeit eine ID mit Datenchip geben. Diese ID wird nicht kommen, denn es braucht sie gar nicht. Deshalb ist es erstaunlich und enttäuschend, dass die Regierung Ziffer 1 der Motion nur als Postulat annehmen will. Damit können wir jedoch leben, weil die Forderung – dass nämlich Schweizer Bürgerinnen und Bürger zwischen einem biometrischen Pass und einer ID ohne biometrische Daten wählen können – aufgrund der Versprechungen der Justizministerin und der gegenwärtig laufenden

politischen Diskussion auf Bundesebene mit grösster Wahrscheinlichkeit auch ohne die Mithilfe des Kantons Bern erfüllt werden wird. Eine klare Forderung des Grossen Rats und eine deutliche Meinungsäusserung der Berner Regierung zum gegenwärtigen biometrischen Salat auf Bundesebene würden aber bestimmt nicht schaden. Wir gehen davon aus, dass die Regierung das auch mit einem Postulat tun kann. Deshalb bin ich bereit, Ziffer 1 zu wandeln.

Die Antwort der Regierung zu Ziffer 2 und ihre ablehnende Haltung ist eine grosse Enttäuschung. Gewisse arbeitsökonomische Argumente können wir zwar nachvollziehen; es ist aber nicht neu, dass Rationalisierungen vor allem bei öffentlichen Dienstleistungen öfters im Widerspruch zu einem guten Service stehen. Die Auslastung der Ausweiszentren mag ein wichtiger Aspekt sein. Wir legen jedoch mehr Wert auf die Vorteile der Bevölkerung ausserhalb der Zentren, die unnötig mit Reiseaufwand und Mehrkosten belastet würden. Weil die heutige ID ohne Nachteile für Reisen in Europa beibehalten werden kann, braucht der heutige Bestell- und Ausgabeprozess überhaupt nicht geändert zu werden. Der Prozess über die Gemeindeverwaltung ist bekannt; wir haben nirgends gehört, dass daran etwas zu kompliziert oder qualitativ unbefriedigend wäre. Auch die übrigen Argumente gegen die Beibehaltung können die Vorteile des bekannten Prozesses nicht aushebeln. Wir halten an Ziffer 2 fest, und zwar als Motion. Ich danke Ihnen, wenn Sie helfen.

Präsidentin. En résumé, le point 1 est transformé en postulat et le point 2 est maintenu comme motion.

Elisabeth Bregulla-Schafroth, Thun (Grüne). Die grüne Fraktion schätzt die Antwort des Regierungsrats zu Ziffer 1 als richtig ein. Der Entwurf des Bundesrats zur neuen Ausweisverordnung sieht vor, dass ab 1. März 2010 nur im Pass biometrische Daten elektronisch gespeichert werden sollen. Somit ist das Anliegen der Motion erfüllt. Eine Prüfung unter neuen Voraussetzungen könnte allenfalls nötig werden, sollte der Bund später eine ID mit Chip in Erwägung ziehen. Aus diesen formalen Gründen können wir das Postulat bei Ziffer 1 unterstützen.

Nicht einig ist sich die grüne Fraktion bei Ziffer 2 der Motion. Einerseits leuchtet die Logik zum Prozedere des Ausweisverfahrens in der Antwort der Regierung ein; andererseits ist das Anliegen des Motionärs, dass eine ID wie bisher bei der Gemeindeverwaltung beantragt werden könne, nicht von der Hand zu weisen. Ob mit einer Zentralisierung wirklich so viel Geld eingespart werden kann, wie in Aussicht gestellt wird, halten wir eher für fraglich. Eine gut verankerte Kundennähe bringt sicher Vorteile und wäre für Personen, die aus den verschiedensten Gründen nicht so mobil sind, eine willkommene Vereinfachung. Aufgrund dieser zwei Aspekte wird die grüne Fraktion bei Ziffer 2 unterschiedlich abstimmen.

Elisabeth Hufschmid, Biel (SP-JUSO). Wie in der Motion zu lesen war und der Motionär vorhin noch einmal ausführlich darlegte, wird für längere Zeit kein Zwang bestehen, die Schweizer ID mit einem Datenchip auszurüsten. Der Abbau des Service public verärgert viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies ist ein Beispiel dafür. Wer nur eine einfache ID beantragen will, soll das weiterhin bei der Wohnsitzgemeinde tun können. Für Tagesausflüge gibt es bestimmt schönere Ziele als eines der sieben Zentren. Wer eine ID will, möchte sich nicht zu einem Kombi ID-Pass überreden lassen, wie es der Regierungsrat in seiner Antwort postuliert. Es gibt keinen Grund, das Antrags- und Ausstellungsrecht zu ändern, nur

um der Wirtschaft einen Gefallen zu tun. Wir unterstützen den Motionär in seiner Forderung, sich für ein Verfahren einzusetzen, wie es in Artikel 61ter des Entwurfs zur Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige aufgeführt worden ist, der im Juni 2008 in die Vernehmlassung geschickt worden war. Der Wortlaut ist in der Motion nachzulesen. Der Motionär legte dar, dass bisher keine Antwort zum Ergebnis der Vernehmlassung erfolgt sei. Ich stelle deshalb direkt die Frage, wo denn diese Vernehmlassung stecke, ob bereits Ergebnisse vorhanden seien, und wenn ja, welche. Die Mehrheit der SP-JUSO-Fraktion folgt der Argumentation des Motionärs. Sie ist mit der Wandlung von Ziffer 1 in ein Postulat einverstanden, hält aber bei Ziffer 2 an der Motion fest.

Peter Schori, Spiegel (SD). Ich äussere mich im Namen der SVP-Fraktion zur Motion Rhyn. Mit der Forderung «keine ID mit biometrischen Daten und kein unnötiger Abbau des Service public» liegt der Motionär ganz auf unserer Linie. Das entspricht unserem ursprünglichen Anliegen. Wir wollten der Motion eigentlich zustimmen. Durch die Antwort des Regierungsrats wurden wir jedoch eines Besseren belehrt.

Zu Ziffer 1: Wir bitten den Regierungsrat dringend, sich auf Bundesebene im Rahmen des Entwurfs der Ausweisverordnung für die Lösung ID ohne biometrische Daten kräftig einzusetzen. Zu Ziffer 2: Das übergeordnete Bundesgesetz zwingt uns scheinbar eine auf die sieben Ausweiszentren ausgerichtete Lösung auf. Das ist ganz und gar nicht in unserem Sinn. Wir zweifeln an der billigeren und vorteilhafteren Ausstellung der Ausweise in diesen Zentren. Uns wäre die bürgernahe Bezugsmöglichkeit einer einfachen ID bei der Gemeindeverwaltung lieber; wir sollten es so lassen, wie es bisher war. Fazit: Der Not gehorchend und nicht aus eigenem Antrieb stimmen wir als Fraktion dem Vorstoss gemäss Regierungsantrag zu: Ziffer 1 nehmen wir als Postulat an, Ziffer 2 lehnen wir ab.

Walter Neuenschwander, Rubigen (BDP). Die BDP unterstützt Ziffer 1 als Postulat, Wir sind mit der Antwort der Regierung zufrieden. Zu Ziffer 2 muss ich etwas weiter ausholen: Wir sind etwas enttäuscht, denn bei der Verwaltungsreform hat der Grosse Rat beschlossen, solche Sachen zu vereinfachen und zu zentralisieren, und nun kommen Rot und Grün und wollen das Rad der Zeit wieder zurückdrehen. Ich weiss nicht, ob es sich nur um Wahltaktik handelt oder ob man bereut, damals so weit gegangen zu sein. Die BDP ist jedoch klar der Meinung, das Rad werde nicht mehr zurückgedreht. Es ist eine deutliche Vereinfachung, der Bürger weiss, wo er Pass und ID beschaffen muss. Und das Bundesgesetz schreibt es klar vor. Wir lehnen Ziffer 2 als Motion wie auch als Postulat ab.

Sylvain Astier, Moutier (PRD). J'ai entendu dire à plusieurs reprises que la carte d'identité était nécessaire pour voyager en Europe. Or dans l'espace Schengen il n'est plus nécessaire d'avoir une carte d'identité pour voyager. La carte d'identité sert – je demanderai confirmation au directeur de la police – à s'identifier, mais n'est pas nécessaire pour traverser les frontières dans l'espace Schengen, puisque la Suisse en fait maintenant partie. En ce qui concerne le point 1 de la motion, le PRD est d'accord avec le postulat. Dans le cadre de la consultation sur la modification de l'ordonnance, l'avis du Grand Conseil doit être pris en considération selon les articles 79 et 90 de la Constitution cantonale. Les avis sur les affaires fédérales sont de la compétence exclusive du

Conseil-exécutif, mais il doit prendre en considération l'avis du Grand Conseil. Le postulat est l'instrument parlementaire adapté. En ce qui concerne le point 2, la décision a déjà été prise par le Grand Conseil: deux motions ont déjà été rejetées à une grande majorité. C'est donc l'article 61 de l'ordonnance qui peut s'appliquer et qui ne s'appliquera que pendant deux ans, pour que les cartes d'identité puissent être demandées aux communes, mais selon une période transitoire de deux ans uniquement. Il a été relevé que pour les personnes qui souffrent d'un handicap moteur ou mental grave, il est possible de trouver des solutions, puisque ces personnes sont en effet dispensées de se présenter personnellement au guichet. Le parti libéral-radical est d'avis qu'il ne faut pas créer de différences pour obtenir un passeport ou pour obtenir une carte d'identité. Si le point 2 est accepté sous forme de motion, cela signifie que pour obtenir un passeport, il faudra aller dans un des trois centres du canton, alors que pour obtenir une carte d'identité, il suffira d'aller à la commune. Nous sommes pour une administration légère et pour que les citoyens et citoyennes sachent clairement où s'adresser. Nous soutenons la réponse du Conseil-exécutif et rejetons la motion au point 2.

Hans-Jörg Rhyn, Zollikofen (SP-JUSO). Es handelt sich nicht um eine Zentralisierung. Wenn es so kommt, wie es offenbar die Berner Regierung will, nimmt man den Gemeinden eine Aufgabe weg. Die Gemeinden hätten diese Aufgabe die sie heute zur vollen Zufriedenheit aller erfüllen können, nicht mehr. Am heutigen Prozess für die Bestellung einer ID braucht man nichts zu ändern. Das funktioniert hervorragend; umso mehr als eben keine biometrischen Daten eingebaut werden müssen. Dabei, dass es nun für den Pass einen neuen Prozess braucht, ist höhere Gewalt im Spiel und die USA mit ihren selbst gemachten Sicherheitsproblemen. Da müssen wir uns anpassen und ein extrem teures Verfahren einführen, damit dieser Pass ausgestellt werden kann. Es gibt aber überhaupt keinen Grund, weshalb die ID auch mit demselben Verfahren bestellt werden sollte. Es hat also mit Zentralisierung nichts zu tun. Ich wehre mich dafür, dass eine Aufgabe bei den Gemeinden bleibt, die sie heute hervorragend ausführen und die im Verhältnis zwischen Bürger und Gemeinde gar nie zu Problemen führte. Ich bitte den Rat, Ziffer 2 anzunehmen.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Ich danke für die Diskussion. Es ist sonnenklar, dass es sich um ein Thema handelt, das die Leute beschäftigt. Auch im Zusammenhang mit dem knappen Abstimmungsresultat zum biometrischen Pass ist das sehr verständlich. Ich möchte noch einmal auf die Lösung zurückkommen, die der Kanton Bern im Zusammenhang mit dem biometrischen Pass getroffen hat: Vom 1. März 2010 an werden wir im ganzen Kanton sieben Erfassungszentren anbieten, in denen auch das Zivilstandsamt sowie das Pass- und ID-Büro ihren Sitz haben werden. Diese Zentren werden sich in Bern, in Thun, in Interlaken, in Biel, in Courtelary, in Langnau im Emmental und in Langenthal befinden. Im Vergleich mit anderen Kantonen hat der Kanton Bern die grösste Anzahl solcher Zentren vorgesehen. Den Vorwurf, wir seien nicht bürgernah, kann man also kaum ernsthaft im Raum stehen lassen. Wenn jemand künftig einen biometrischen Pass benötigt, wird dieser zehn Jahre gültig sein, ebenso eine ID für Erwachsene. Das Argument, es sei eine Zumutung, wenn man einmal in zehn Jahren einen bestimmten Ort aufsuchen muss, um einen Ausweis ausstellen zu lassen, klingt eher seltsam. Die sieben Zentren hängen mit den bundesrechtlichen Bestimmungen über das Zivilstands-

wesen, Infostar, zusammen. Das muss ich an dieser Stelle nicht mehr ausführen. In dem Zusammenhang benötigen wir diese sieben Zentren und benutzen dieselben Standorte auch für die Passbüros. Das ist sinnvoll, denn die Daten kommen vom selben Ort: Die Daten für diese Ausweise sind in den Daten des Systems Infostar des Bundes vorhanden. Es gibt grosse Kantone wie beispielsweise Zürich, die zwei Ausweiszentren haben. Wir haben deren sieben.

Der Motionär stellte dar, wie der Trend in der EU aussieht: Es brauche in absehbarer Zeit keine IDs mit biometrischen Chips im Schengenraum. Es ist aber eine Tatsache, dass die Mehrheit der EU-Länder bereits heute Identitätskarten oder Personalausweise mit einem biometrischen Chip einführt. Es ist absehbar, dass dies in Zukunft alle EU-Länder haben werden. Aus diesem Grund steht in der Antwort der Regierung zu Ziffer 1, wie wir die Situation beurteilen. Ich bin froh, dass Grossrat Rhyn Ziffer 1 in ein Postulat wandelt. Damit sind wir offen, um im Kontext mit dem Bund zu schauen, was das für uns bedeutet.

Zu Ziffer 2: Will man die Kompetenz, ID auszustellen, wie bis anhin bei den Gemeinden belassen, hat das eine direkte Auswirkung auf die Auslastung der vier kleineren der sieben Zentren. Das ist betriebswirtschaftlich nachvollziehbar, es wurde in der Antwort auch dargestellt. Mit einiger Wahrscheinlichkeit werden wir nur noch drei Zentren betreiben können, nämlich Bern, Biel und Thun, während die ländlichen Regionen keinen solchen Zentren mehr haben werden. Ich bezweifle, dass das tatsächlich im Sinn des Erfinders und im Sinn einer bürgernahen Dienstleistungserbringung wäre. Natürlich hat bisher das Prozedere mit der Antragstellung bei der Gemeinde funktioniert. Doch konnte die Gemeinde ihre Identitätskarten nie ganz autonom ausstellen; das erfolgte immer in Zusammenarbeit mit der Polizei- und Militärdirektion, das ist klar. Unsere neue Lösung bringt den Vorteil, dass in diesen sieben Zentren beides gemacht werden kann. Die Aussage, es sei unfair, den Leuten ein Kombi vorschlagen zu wollen, wenn sie das gar nicht wollen, befremdet. Wir erleben, dass die Leute sehr gerne ein Kombi, also einen Pass und eine ID, wollen. Es ist doch ein Vorteil, wenn man das am selben Ort aus einer Hand anbieten kann. In Zukunft wird es so sein, dass man einen Termin hat, zum Zentrum kommt und der Ausweis wird ausgestellt. Man muss kein Foto mehr mitbringen, das wird dort gemacht. Wenn die ID verloren geht – was relativ häufig passiert –, muss man das heute der Polizei melden. Künftig wird man den Verlust der ID beim Ausweiszentrum melden können. Denn es verfügt über alle Daten, und dort kann unkompliziert ein neuer Ausweis ausgestellt werden. Die Öffnungszeiten der neuen Zentren werden kundenfreundlich sein; sie werden auch am Samstag geöffnet sein. Das kann die Gemeindeverwaltung eines grossen Teils unserer Gemeinden aus Gründen der Kapazität nicht bieten. Mit der geplanten Lösung entfallen einige Prozessschritte, verschiedene Wege sowie Absprachen zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Pass- und Identitätskartendienst. Wir sind überzeugt, dass die Bearbeitungszeit auf maximal zehn Tage reduziert werden kann. Ich bitte Sie, im Sinn der Regierung Ziffer 1 als Postulat anzunehmen und Ziffer 2 abzulehnen.

Abstimmung

Für Annahme von Ziffer 1 als Postulat
als Postulat
Dagegen

131 Stimmen
0 Stimmen
1 Enthaltung

Für Annahme von Ziffer 2 der Motion
Dagegen

52 Stimmen
76 Stimmen
4 Enthaltungen

Studie über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region. Schlussbericht der Interjurassischen Versammlung (IJV) vom 22. April 2009, Erklärung des Regierungsrats

Philippe Perrenoud, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. Les 6 et 7 septembre 2005, le Conseil-exécutif du canton de Berne et le gouvernement de la République et canton du Jura ont confié à l'Assemblée interjurassienne, l'AIJ, le soin d'étudier: premièrement, ce que serait en termes institutionnels une nouvelle entité politique de type cantonal à six districts composée des districts de Courtelary, de Delémont, des Franches-Montagnes, de Moutier, de La Neuveville et de Porrentruy; deuxièmement, les effets du partenariat direct découlant des institutions communes interjurassiennes et les effets du statut particulier du Jura bernois créé par la loi bernoise y relative du 13 septembre 2004 et, troisièmement, d'autres pistes que l'AIJ aurait identifiées et dont elle estimerait l'examen utile.

L'AIJ a effectué l'étude et elle a consigné les résultats dans un rapport final qui comprend aussi un rapport de minorité et qui a été rendu public le 4 mai 2009. Il s'agit donc de l'avenir institutionnel du Jura bernois, question dont l'importance justifie que le Grand Conseil reçoive toutes les informations utiles et puisse en discuter, même si les décisions importantes ne seront prises qu'ultérieurement et que la seule question d'actualité est celle de savoir si les deux gouvernements donneront ou non à l'AIJ le mandat d'organiser des séances d'information interactives. C'est pourquoi le Conseil-exécutif a proposé à la Conférence des présidents – qui l'a accepté – qu'une déclaration gouvernementale au sens de l'article 66 de la loi sur le Grand Conseil vous soit présentée. Afin de vous faciliter la tâche et de permettre la discussion au sein des groupes parlementaires, nous vous avons envoyé, avant la session, le texte écrit de la déclaration. Cela nous a permis de présenter l'affaire dans le détail. Il va de soi que je ne vais pas lire cette déclaration, je vais plutôt concentrer mon allocution sur les aspects politiques de la question. Deux interventions parlementaires ont été également déposées sur le sujet et seront traitées en commun avec la présente déclaration. Comme le veut l'usage, je me prononcerai à leur sujet après la discussion.

Que contient le rapport final de l'AIJ? Il comprend d'une part un examen des trois volets de l'étude. Le premier volet présente le modèle «Création d'un nouveau canton»: je retiens que l'AIJ exclut catégoriquement l'hypothèse d'un simple regroupement des deux territoires, avec simple reprise des structures cantonales actuelles. En effet, l'AIJ affirme sans ambiguïté que la condition sine qua non pour la création d'une nouvelle entité réside dans la mise en place de structures institutionnelles et administratives nouvelles et novatrices ainsi que dans une réorganisation fondamentale de l'organisation territoriale. Cette réforme structurelle profonde doit toucher l'ensemble du système institutionnel et comprendre notamment la réduction du nombre des communes à six, la répartition des tâches et des charges entre le canton et les communes basée sur la causalité «qui commande paie», le renforcement des collaborations extérieures et un positionnement marqué dans l'Arc jurassien, la centralisation des autorités législatives et exécutives ainsi que de l'administration centrale à Moutier, les autorités judiciaires siégeant à Porrentruy, et enfin un parlement de 50 députés et un gouvernement de cinq conseillers d'Etat élus sur la base d'un seul cercle électoral pour les six communes.

En ce qui concerne le deuxième volet de l'étude, à savoir l'examen des effets du partenariat direct, découlant des institutions communes et du statut particulier du Jura bernois,

l'AIJ se prononce non pas sur l'activité du Conseil du Jura bernois, mais seulement sur l'impact de cette institution pour le partenariat direct. L'AIJ affirme à cet égard que le partenariat direct pourrait être plus large si les institutions communes étaient plus nombreuses. Elle constate qu'il subsiste à ce sujet de nombreux blocages et qu'il est difficile pour l'instant et dans ces conditions de concrétiser le partenariat direct. En résumé, l'AIJ estime que le maintien du statu quo sans améliorations ni modifications ne constitue pas une solution d'avenir. Enfin, les études effectuées dans le cadre du troisième volet du mandat ont permis à l'AIJ d'examiner plusieurs propositions.

Finalement, seule la variante dite «Statu quo +» a été retenue. Elle suppose la mise en place d'une plateforme de coordination qui simplifie les structures actuelles, la réduction progressive du nombre de communes dans les régions pour arriver finalement à terme, c'est-à-dire dans vingt ans, à trois communes par région, un éventuel élargissement des compétences du Conseil du Jura bernois en vue du renforcement du partenariat direct entre le Jura bernois et le canton du Jura, et enfin l'ouverture de nouvelles perspectives institutionnelles au niveau de l'Arc jurassien, le Jura bernois et le canton du Jura devant être les moteurs d'une réflexion tendant à évaluer la faisabilité d'une entité cantonale de l'Arc jurassien, incluant au moins la République et canton de Neuchâtel. Le rapport final contient également des conclusions et des recommandations. A ce titre, l'AIJ constate que «vu la nature essentiellement politique et émotionnelle du dossier institutionnel interjurassien et sa complexité, ce serait faire preuve de fatuité que de produire une conclusion univoque et péremptoire selon laquelle telle ou telle piste serait la seule forme institutionnelle à considérer pour la région interjurassienne».

Bien sûr, l'AIJ retient trois variantes additionnelles pour la comparaison des avantages et des inconvénients, mais elle considère que seules deux d'entre elles restent en lice. Le Conseil-exécutif observe que le maintien de la situation actuelle n'est pas examiné comme les deux autres variantes institutionnelles et que la situation régnant aujourd'hui n'a pas fait l'objet d'une évaluation spécifique. Elle a été examinée quasi exclusivement sous l'angle du partenariat direct et l'AIJ estime qu'elle n'est pas satisfaisante à cet égard. Elle est d'avis que la situation financière des deux régions et des communes ainsi que la complexité institutionnelle de la région suggèrent des changements impératifs. D'après elle, par conséquent seule l'une des deux variantes «Statu quo +» et «Nouveau canton à six communes» peut être retenue. Comme je l'ai déjà dit, elle renonce à faire un choix, car aucune des deux solutions ne s'impose politiquement comme allant de soi, même si l'AIJ tire des évaluations factuelles une certaine préférence pour une nouvelle entité à six communes. Finalement et en résumé, l'AIJ exclut le maintien de la situation actuelle sans changements ni améliorations et manifeste une certaine sympathie pour le modèle «Nouveau canton à six districts», tout en admettant que politiquement il est impossible de donner la préférence à l'une des deux variantes, car le règlement politique du conflit jurassien – objectif prioritaire de l'Accord du 25 mars 2004 – ne passe pas simplement par la mise en place de l'une ou l'autre forme institutionnelle. S'agissant des conclusions concrètes, l'AIJ présente au Conseil-exécutif du canton de Berne et au gouvernement de la République et canton du Jura la demande spécifique de lui confier, sous les auspices de la Confédération, le mandat d'organiser les séances d'information interactives, afin de présenter ses travaux et d'ouvrir la réflexion à différentes institutions, associations ainsi qu'au public du Jura bernois et du canton du Jura. Dans ce contexte, le dialogue interjurassien doit être maintenu dans le cadre de l'AIJ et

différents partenaires et acteurs politiques des deux régions sont invités à respecter les principes définis dans une charte ou un code de conduite préparé par l'AIJ, dans le but de permettre un véritable débat citoyen, dans le respect des principes démocratiques. L'AIJ précise que, à l'issue de cette phase d'information interactive et de la présentation d'un rapport final, il conviendra au gouvernement de décider sous l'égide de la Confédération de la suite à donner aux propositions de l'AIJ et d'apprécier en temps voulu l'opportunité et les modalités d'une éventuelle consultation populaire.

A ce rapport final de l'AIJ s'ajoute un rapport de minorité rédigé par cinq membres de l'AIJ. Quatre de ces membres appartiennent à la Délégation jurassienne bernoise. Il s'agit du président de cette Délégation, ainsi que des trois seuls membres du Grand Conseil qui siègent aussi à l'AIJ. La minorité refuse le rapport final et reproche à l'AIJ son unilatéralisme, du fait qu'elle prétend que seules les institutions communes sont susceptibles de servir la communauté interjurassienne. Les minoritaires constatent que les effets du statut particulier du Jura bernois n'ont pratiquement pas été abordés, alors qu'ils devraient faire l'objet d'une attention toute particulière, en raison de leur faculté manifeste de répondre à l'attente de la population du Jura bernois. Le groupe de minorité s'oppose à toute consultation populaire imposée au Jura bernois et qui ne respecterait pas sa volonté propre, étant persuadé que la population concernée est toujours fermement opposée à un quelconque rapprochement institutionnel avec la République et canton du Jura. Il propose trois points: premièrement, que les effets du statut particulier soient mesurés avec précision dans un avenir plus ou moins long et que cet examen soit confié à un organe neutre; deuxièmement que la proposition de l'AIJ soit revue dans les meilleurs délais afin de tenir compte officiellement de l'existence du Jura bernois dans son processus et troisièmement, que le processus soit gelé jusqu'à l'élection du Conseil du Jura bernois en mars 2010, afin que les personnalités nouvellement élues puissent être en mesure de reprendre le dossier.

Le Conseil-exécutif a évidemment analysé le rapport de l'AIJ. En quelques mots, voici ce qu'il en pense. La démarche relative au premier volet de l'étude, celle qui porte sur une entité cantonale, est intéressante parce qu'elle montre les conditions qui doivent être remplies pour que la région soit viable au cas où elle voudrait être indépendante. Le Conseil-exécutif formule des réserves notamment quant au fait de lier à la création d'un nouveau canton le potentiel d'économies que recèle la réduction drastique du nombre de communes et quant aux conclusions optimistes et trop catégoriques que l'AIJ tire de l'expertise économique. Les données chiffrées sont certes intéressantes, mais elles doivent être évaluées avec circonspection, d'une part en raison des incertitudes et du caractère fortement évolutif de nombreuses bases de calcul retenues et d'autre part parce que l'étude ne prend pas tous les éléments en considération. Pour ce qui a trait au deuxième volet de l'étude, le Conseil-exécutif doit constater – il donne raison au groupe de minorité sur ce point – que l'AIJ ne l'a examiné que partiellement. Elle se consacre uniquement à l'examen du partenariat direct en renonçant à juger les effets du statut particulier. Certes, le Conseil du Jura bernois n'est en fonction que depuis le 1^{er} juin 2006 et on peut en tirer un enseignement sur la durée. L'AIJ aurait quand même pu examiner ce qui aurait pu être fait à l'avenir du statut particulier du Jura bernois, en se basant pour cela sur l'évolution qui s'est manifestée depuis le 1^{er} juin 2006. De même, en se limitant au partenariat direct, l'AIJ en fait une évaluation négative que le Conseil-exécutif ne peut pas partager. Ce sont finalement les gouvernements qui avaient pris l'initiative de dresser une liste indicative d'institutions communes envisageables, qui comprenait 25 rubriques auxquelles

les l'AIJ en a ajouté sept, et un nombre appréciable de ces institutions communes, dont certaines d'importance, est aujourd'hui réalisé, d'autres étant encore en examen. Le bilan est plutôt positif. Le rapport de l'AIJ ne tient pas compte du rôle toujours plus important que le Conseil du Jura bernois est amené à jouer dans le domaine des institutions. Enfin, le Conseil-exécutif aurait attendu de l'AIJ que dans l'évaluation des effets du partenariat direct elle prenne en considération le fait qu'il peut y avoir blocage politique dans la situation que l'on vit aujourd'hui encore et depuis 1979, où une forte pression est exercée sur le Jura bernois pour qu'il adhère à un nouveau canton. Ainsi tout projet d'institutions communes risque d'être considéré par la partie jurassienne bernoise comme un pas non voulu fait en direction d'un nouveau canton. On peut imaginer que les blocages actuels, auxquels l'AIJ fait allusion, seraient moins dans la situation où la volonté jurassienne bernoise serait acceptée par le partenaire jurassien. Quant au troisième volet, qui présente le modèle «Statu quo +», il présente l'avantage d'ouvrir de nombreuses perspectives intéressantes. L'étude part de la situation actuelle pour montrer qu'elle pourrait évoluer vers une simplification du paysage institutionnel ainsi que l'organisation du territoire par des fusions de communes qui iraient certes jusqu'à une réduction à trois, sans que cela soit aussi interactif que dans le premier volet de l'étude. Le caractère évolutif du statut particulier est également pris en considération dans cette variante, avec un éventuel élargissement des compétences du CJB qui devrait être plus impliqué dans la gestion des institutions communes. Enfin, les perspectives signalées dans le cadre de ce volet de l'étude s'inscrivent parfaitement dans l'actualité, en permettant l'élargissement de la réflexion au cadre plus global de l'Arc jurassien.

Je tiens à dire ici un mot sur le cas particulier de Bienne. Le Conseil-exécutif est conscient de l'importance que la région bienne joue dans cette affaire et les interactions évidentes qu'il y a entre Bienne et le Jura bernois. L'AIJ a été mise en place pour que les confrontations qui existaient en 1994 encore entre le Jura bernois et le canton du Jura fassent place au dialogue au sein d'un organe constitué qui est l'AIJ. Il est naturel de limiter le territoire concerné par le dialogue interjurassien aux six districts du Jura bernois et du canton du Jura. Cela a valu aussi logiquement pour le mandat d'étude confié à l'AIJ qui était fondé sur l'Accord du 25 mars 1994. C'est la tâche du Conseil-exécutif de prendre en compte les intérêts du district de Bienne, de sa population francophone, de son bilinguisme et du bilinguisme cantonal. Il va de soi que le gouvernement cantonal ne discutera pas de l'avenir institutionnel du Jura bernois sans prendre en considération toutes les implications de ce problème, en particulier celles qui concernent Bienne.

Comment caractériser la politique jurassienne du Conseil-exécutif? Le Conseil-exécutif affirme depuis longtemps qu'il revient à la région de définir son avenir, il n'a pas changé d'avis. Sinon, il n'aurait pas signé un accord qui en 1994 prévoyait que l'AIJ puisse aborder la question de l'appartenance cantonale et n'aurait pas non plus donné à l'AIJ un mandat aussi ouvert que celui de 2005. Cela étant, tout comme le gouvernement jurassien qui dit et répète qu'il souhaite la création d'un nouveau canton, le Conseil-exécutif souhaite que le Jura bernois reste dans le canton de Berne et il est convaincu que c'est la meilleure solution. C'est la meilleure solution pour la région: on peut se demander si elle aurait intérêt à être une petite partie d'un canton périphérique de 120 000 habitants, tourné avant tout sur Bâle, plutôt que de rester dans un canton qui lui permet dans l'ensemble de conserver ses particularités linguistiques et culturelles, tout en faisant partie d'un grand ensemble bilingue axé sur la Suisse occidentale. C'est aussi la meilleure solution pour le

canton qui peut ainsi jouer de manière crédible son rôle de lien utile entre la Suisse romande et la Suisse alémanique. Le Conseil-exécutif accorde une grande importance au bilinguisme, considéré non seulement du point de vue politique et économique, mais également à sa dimension culturelle et humaine.

Enfin, c'est aussi la meilleure solution pour le pays tout entier, qui ne peut maintenir son multilinguisme et son multiculturalisme que si les cantons concernés y parviennent également. Le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne permet à la région de s'inscrire dans la Suisse occidentale. L'adhésion du canton de Berne à la nouvelle structure de promotion économique «Greater Geneva Berne Area» et le projet région de la capitale suisse sont autant de démarches qui vont dans cette direction. Pourtant, si c'est bien souhaitable que le Jura bernois reste dans le canton de Berne, il est nécessaire que son ancrage dans l'Arc jurassien soit renforcé et l'étude économique montre clairement les besoins à cet égard. Le Conseil-exécutif est persuadé que cela peut et doit se faire sans modification des frontières cantonales. Actuellement, ce sont les collaborations, institutionnalisées ou non, fixes ou à géométrie variable, qui seules peuvent permettre de résoudre les problèmes. Le renforcement de l'identification au sein d'un Arc jurassien suisse en tant que région économique et région de vie homogène et unie doit être le but. Il peut être atteint sans qu'il faille préalablement résoudre tous les problèmes que crée la modification de frontières cantonales. Par conséquent, le Conseil-exécutif ne peut que constater que la variante «Statu quo +» est celle qui contient le plus d'éléments allant dans le sens de sa vision. Cela étant, la question de l'avenir institutionnel de la région se posera ultérieurement. De même, le moment n'est pas encore venu de répondre à la question de savoir si les votations populaires doivent être examinées. La seule décision que le Conseil-exécutif est amené à prendre ces prochaines semaines, après concertation avec le gouvernement jurassien, est de savoir s'il convient ou non de donner à l'AIJ le mandat d'organiser des séances d'information interactives. Le Conseil-exécutif est d'avis qu'une information complète et objective est souhaitable. C'est aussi l'avis des autorités consultées et aussi sur le principe du groupe minoritaire de l'AIJ. Celui-ci ne veut pas que l'information soit donnée par l'AIJ.

Le Conseil-exécutif comprend cette position et veut aussi que l'information donnée soit aussi complète que possible. Il pense que l'AIJ sera en mesure d'effectuer ce travail, pour autant que les cantons fixent préalablement les conditions qui assurent une parfaite objectivité. Il faudra que la part des informations interactives se déroule sur une période pas trop longue et qu'elle prévoit la participation des délégations extérieures à l'AIJ – on pense par exemple au canton, au Conseil du Jura bernois, ainsi qu'au Conseil des affaires francophones et les autorités municipales de Bienne et d'Evilard. Il s'agit de s'assurer qu'il soit tenu compte du cas particulier biennois et qu'il y soit abordé de manière différenciée les aspects financiers du problème. Ce sera sur concertation des deux gouvernements cantonaux que les modalités, les conditions de cette phase d'information seront fixées. Le Conseil-exécutif tiendra évidemment compte des remarques, réserves et suggestions exprimées par le Conseil du Jura bernois, le Conseil des affaires francophones et les conseils municipaux de Bienne et d'Evilard et il ne donnera pas à l'AIJ de mandat d'information qui ne contiendrait pas toutes les assurances voulues.

En conclusion et en résumé, le Conseil-exécutif exprime très clairement l'avis selon lequel le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne est la meilleure des solutions. Il est cependant conscient du fait que les collaborations au niveau

de l'Arc jurassien tout entier doivent être renforcées. Cela dit, il tient à ce que la procédure qui a été initialisée par la signature de l'Accord du 25 mars 2004 et qui s'est poursuivie avec l'octroi du mandat d'études à l'AIJ puisse être poursuivie. La question de l'avenir institutionnel de la région se posera ultérieurement, tout comme il y a lieu d'attendre avant de répondre à la question de savoir si une votation populaire doit être examinée. En tout état de cause, la réponse à cette question et les démarches qui permettront d'apporter cette réponse seront définies en étroite collaboration avec le Conseil du Jura bernois et pour tous les aspects qui concernent Bienne avec le CAF et les autorités municipales de Bienne et Evilard. Une décision d'organiser une votation populaire prise par le Conseil-exécutif contre l'avis du Conseil du Jura bernois n'est guère imaginable. Dans cette perspective, il serait bon que les séances d'information interactives proposées par l'AIJ soient organisées et qu'elles puissent l'être sous l'égide de l'AIJ, pour autant que les partenaires concernés puissent y participer et que toutes les précautions soient prises pour que cette information se déroule dans un climat serein, où les pressions politiques sont exclues. C'est dans ce sens et en tenant compte des observations exprimées par le CJB, le CAF et les autorités municipales de Bienne et d'Evilard, que le Conseil-exécutif veut s'engager dans la négociation avec le canton du Jura, mais il le fera aussi après avoir soigneusement évalué les avis que vous allez exprimer maintenant.

Pierre-Yves Moeschler, Bienne (PS-JS), président de la Députation du Jura bernois et de Bienne romande. La publication du rapport de l'Assemblée interjurassienne au mois de mai et celle de la prise de position gouvernementale dont nous allons discuter présentement appellent une déclaration de la Députation du Jura bernois et de Bienne romande. Ses membres, toutes tendances politiques confondues, ont approuvé à l'unanimité le texte qui suit. L'Accord tripartite de 1994 instituant l'Assemblée interjurassienne faisait suite à une période peu propice aux échanges et au développement de la coopération entre les cantons du Jura et le Jura bernois. L'impossibilité d'un dialogue constructif empêchait la recherche pragmatique de solutions à des problèmes communs et de façon globale hypothéquait le développement régional. L'objectif premier de l'Accord du 25 mars 1994 sous l'égide de la Confédération fut donc de rétablir, entre les deux parties de l'ancien Jura bernois, un dialogue constructif en vue de la résolution de la question jurassienne et de l'apaisement du climat politique. La création de l'Assemblée interjurassienne et le mandat qui lui a été attribué ont été les instruments de cette ambition. Aux yeux de la Députation, les progrès réalisés quant à l'amélioration du climat politique et, de ce fait, à l'établissement de collaborations concrètes entre le canton du Jura et le Jura bernois sont importants. L'Assemblée interjurassienne, grâce à sa capacité à drainer les volontés de dialogue ou de coopération, y a largement contribué. Sans entrer dans le détail, la Députation estime que, à l'heure actuelle, le maintien du dialogue interjurassien, le renforcement des collaborations et le rétablissement d'une conscience régionale au service des intérêts concrets de la population doivent constituer la priorité des pouvoirs publics concernés.

La Députation quant à elle constate que le rapport de l'AIJ n'a pas recueilli l'unanimité des voix de ses membres; que le tiers de la Délégation du Jura bernois à l'Assemblée interjurassienne a préféré approuver un rapport de minorité; que la Députation est elle-même divisée quant à l'avenir du Jura bernois et au choix des variantes proposées par l'AIJ; que ni le Conseil du Jura bernois ni le Conseil des affaires francophones n'ont été à ce jour consultés sur le fond; que les travaux de l'Assemblée interjurassienne, centrés par la volonté

des signataires de l'Accord de 1994 sur la manière de dépasser les divisions jurassiennes, n'ont pas abordé la question du rôle central de Bienne dans des domaines d'intérêt commun touchant entre autres à l'économie, aux transports, au tourisme, aux infrastructures hospitalières, aux domaines de la formation et de la culture; que les conséquences pour Bienne des scénarios esquissés n'ont pas été évaluées.

En raison de ce qui précède, la Députation demande que le gouvernement continue à considérer le maintien du dialogue interjurassien et de la sérénité du climat politique dans le Jura bernois comme des objectifs supérieurs; que l'avenir du Jura bernois soit déterminé en priorité par la population du Jura bernois elle-même et par ses représentants; que le gouvernement considère le Conseil du Jura bernois comme le porte-parole de la population du Jura bernois et comme son interlocuteur privilégié et que par conséquent une prise de position définitive du canton de Berne sur le contenu du rapport de l'AIJ ne soit arrêtée qu'après une consultation, en bonne et due forme, des institutions et milieux concernés; que la question biennoise apparaisse désormais comme centrale, que des études complémentaires soient réalisées sans délai sur les conséquences pour Bienne et pour le Jura bernois des différents scénarios envisagés, comme différentes interventions parlementaires l'ont demandé à ce jour; que, à ce propos, le Conseil des affaires francophones, organe consultatif cantonal, et les communes de Bienne et d'Evilard soient impliqués. Aujourd'hui, la Députation du Jura bernois et de Bienne romande n'exprime pas d'avis quant au fond. Elle est le reflet de l'opinion publique et réunit toutes les sensibilités politiques. Elle souhaite renforcer son rôle de lieu de rencontre et de convergence et servir ainsi au mieux les intérêts du Jura bernois et de la population de langue française au Grand Conseil et auprès du gouvernement.

Philippe Messerli, Nidau (EVP). Le groupe parlementaire du parti évangélique a pris connaissance du rapport final de l'Assemblée interjurassienne, ainsi que de la déclaration du gouvernement bernois à ce sujet. Le PEV se réjouit du fait que les relations entre le canton de Berne et le canton du Jura soient en voie de se normaliser. Dans les dix dernières années, suite aux travaux de l'Assemblée interjurassienne, un véritable dialogue interjurassien a pu être instauré et cela dans une région qui dans le passé a connu tant de conflits et de haine. Le développement des collaborations est ressenti positivement sur plusieurs plans. Le PEV salue le fait que l'Assemblée interjurassienne ait finalement reconnu le «Statu quo +» comme une des solutions à approfondir, à côté du scénario qui consisterait à rassembler les six districts concernés. En effet, le PEV qualifie la piste d'un nouveau canton à six communes d'utopique pour le moins, ceci d'autant plus que l'Assemblée interjurassienne a fait preuve d'un manque total d'esprit critique à l'égard des estimations financières du professeur Jeanrenaud et n'a pas analysé à fond les effets du statut particulier. Les compétences particulières qui ont été accordées au Jura bernois via le Conseil du Jura bernois permettent actuellement de renforcer sa participation à la politique cantonale bernoise, tout en jouant parfaitement le rôle qui lui a été dévolu par la loi sur le statut particulier. Le PEV estime que le «Statu quo +» s'inscrit dans la continuité de ce qu'il croit bon pour le Jura bernois, à savoir un avenir au sein du canton de Berne, accompagné d'une intensification des collaborations interjurassiennes et des partenariats à géométrie variable, ainsi qu'une simplification des institutions. Cependant, la coopération doit non seulement être intensifiée avec le canton du Jura, mais aussi avec tout autre partenaire au sein de l'Arc jurassien et du pays des Trois Lacs, sans pour autant qu'il y ait besoin de modifier les frontières cantonales. Nous sommes aussi convaincus que le bilinguisme du

canton de Berne est un atout à préserver et à renforcer. Un canton de Berne bilingue a une grande importance pour la Suisse et particulièrement pour les cantons romands, car il renforce la cohésion dans notre Etat fédéraliste et pluriculturel. En ce qui concerne la suite de la procédure, le PEV estime qu'il serait sage que le gouvernement bernois confie au Conseil du Jura bernois et non, comme prévu, à l'Assemblée interjurassienne la responsabilité d'organiser les séances d'information interactives dans la partie francophone de notre canton et cela de manière transparente et objective. En insistant notamment sur les relations entre le Jura bernois et Bienne et en relativisant les considérations financières de l'Assemblée interjurassienne. En outre, il conviendrait également, pendant cette période d'information qui ne devrait pas excéder une année, de non seulement faire encore étudier les divers flux entre le Jura bernois et Bienne, de procéder à une analyse différenciée de l'étude du professeur Jeanrenaud, mais surtout d'évaluer les effets du statut particulier. Passée cette période d'information, le PEV est d'avis que la population du Jura bernois devrait rapidement être appelée à se prononcer par un vote de principe sur l'opportunité ou la nécessité de poursuivre l'étude d'une entité à six districts. Cependant, avant toute consultation, les cantons de Berne et du Jura devraient s'engager – par exemple en signant un avenant à l'Accord du 25 mars 1994 – à respecter le verdict populaire. Il pourrait ainsi être décidé de poursuivre l'étude d'un nouveau canton ou de chercher plutôt à améliorer la situation actuelle, sachant qu'un moratoire de trente ans devrait être préalablement accepté pour contrer toute velléité de revenir rapidement à la charge avec des pistes qui auraient été écartées démocratiquement dans les urnes. Le PEV est convaincu de la faculté de la population du Jura bernois à se déterminer en connaissance de cause et apporter une réponse citoyenne et démocratique à la question jurassienne. La population du Jura bernois en a assez du combat jurassien et aimerait enfin vivre en paix.

Christoph Stalder, Bern (FDP). Je vais m'exprimer en allemand, parce que le thème que nous traitons maintenant ne concerne pas seulement le Jura, mais tout le canton et j'aimerais bien que nos collègues des autres régions me comprennent. Die FDP-Die Liberalen des Kantons Bern und die FDP-Fraktion stehen zum zweisprachigen Kanton Bern in seinen heutigen Grenzen. Im Mai dieses Jahres haben wir mit Interesse den Bericht der Assemblée interjurassienne (IJV) zur Kenntnis genommen. Mit ebenso viel Interesse nahmen wir die Erklärung unserer Regierung zur Kenntnis. Wir teilen ihre Auffassung weitestgehend. Ein paar Fakten zum Bericht: Der Bericht der IJV ist nützlich, aber nicht vollständig; ich werde darauf zurückkommen. Der Berner Jura und der Kanton Jura haben zum Teil eine gemeinsame, zum Teil aber eine sehr unterschiedliche Geschichte. Darauf geht der Bericht nicht ein. Hingegen geht aus dem Bericht klar hervor, dass der Kanton Jura, der klein und wirtschaftlich schwach ist – erheblich schwächer als der Kanton Bern –, von einem neuen Kantonsgebiet mit sechs Gemeinden mehr profitieren würde als der Berner Jura. Fakt ist auch, dass der Kanton Jura und der Berner Jura bei allen Unterschieden viele Gemeinsamkeiten aufweisen und viele Aufgaben zweckmässigerweise gemeinsam anpacken und lösen. Zum Beispiel Aufgaben im Bereich Bildung und Ausbildung, im Gesundheitswesen, im kulturellen Bereich, aber auch Aufgaben der Wirtschaftsförderung – und da ist es störend festzustellen, dass der Kanton Jura für die Wirtschaftsförderung nach Basel schielt und nicht die Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern und dem Berner Jura sucht.

Trotz der gemeinsamen Aufgaben ist der Berner Jura Teil des Kantons Bern und erfüllt innerhalb unseres Kantons

wichtige Aufgaben. Er ist in die strukturellen Gegebenheiten unseres Kantons eingebunden, verfügt aber über Sonderrechte, über einen Sonderstatus; ebenso über mehrere eigene, besondere Institutionen, insbesondere über den bernjurassischen Rat, der vom Volk gewählt wird und vom Volk legitimiert ist. Und genau darin besteht ein sichtbarer, wesentlicher Mangel des Berichts der IJV: Die IJV hat sich nicht mit den heutigen Befugnissen der Behörden des Berner Juras befasst. Der Bericht vernachlässigt den heutigen Status quo völlig. Es stimmt, dass der Auftrag nicht so formuliert war, es stimmt ebenfalls, dass der bernjurassische Rat seine Funktionen erst vor wenigen Jahren übernommen hat und grosse Erfahrungswerte noch fehlen. Der bernjurassische Rat muss jedoch Erfahrungen sammeln und sich bewähren können. Erst dann sieht man, was gut und was verbesserungswürdig ist. Erst dann kann man zusammen mit dem Kanton Jura über eine engere Zusammenarbeit, über einen Status quo+ diskutieren. Eine neue Volksabstimmung schliesst die FDP-Die Liberalen im jetzigen Zeitpunkt nicht kategorisch aus. Im Fall einer Abstimmung verlangen wir, dass auch die Behörden des Kantons Jura, sollte sich der Berner Jura wiederum für einen Verbleib beim Kanton Bern aussprechen, das Ergebnis nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern akzeptieren.

In ihrer Erklärung weist die Regierung zu Recht darauf hin, dass im Bericht der Assemblée interjurassienne die Rolle von Biel ausgeklammert wurde. Biel ist, ob man das nun gerne hört oder nicht, die heimliche Hauptstadt des Berner Juras und muss in die weiteren Arbeiten und in die vorgesehene Informationstournee einbezogen werden. In seiner Interpellation, die demnächst auf der Tagesordnung steht, stilisiert Grossrat Zuber die Rolle von Biel als Scharnier zwischen Deutsch und Welsch etwas sehr hoch. Er plädiert für einen zweisprachigen Kanton Bern light, was ich ihm nicht verarge. Aber – ich habe es am Anfang gesagt, und sage es zum Schluss noch einmal – wir wollen weiterhin einen vollwertigen zweisprachigen Kanton Bern in seinen heutigen Grenzen, wie es Regierungsrat Perrenoud vorhin ebenfalls deutlich gesagt hat. Die Fraktion FDP-Die Liberalen dankt dem Regierungsrat für seine klaren Worte und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Maxime Zuber, Moutier (PSA). La déclaration du gouvernement a le mérite de la clarté. Le Conseil-exécutif lève en effet une ambiguïté s'agissant d'un point important du rapport de l'Assemblée interjurassienne, qui aurait pu être sujet à interprétation pour qui ne connaît pas le secret des délibérations de cette Assemblée. Il prend explicitement acte du fait que l'Assemblée interjurassienne, et donc la délégation bernoise, est favorable au principe d'une votation populaire et qu'elle exprime clairement ses sympathies pour la variante «Un canton à six districts» – et non pas six communes. Le gouvernement n'a de cesse de s'en remettre à la volonté de ce qu'il qualifie de majorité politique du Jura bernois. La délégation bernoise à l'Assemblée interjurassienne étant composée conformément aux critères retenus par le gouvernement pour définir ladite majorité, on peut s'étonner que le Conseil-exécutif se réfère largement aux points de minorité, notamment pour regretter que le modèle du partenariat direct n'ait été selon lui que partiellement examiné. Si, comme le prétend le gouvernement, la région semble juger sa situation actuelle majoritairement satisfaisante, pourquoi l'Assemblée interjurassienne et sa délégation bernoise, composée selon la sensibilité politique de la population, exprime-t-elle clairement ses sympathies pour une variante sans rapport avec le statu quo? Peut-être le Conseil-exécutif se réfère-t-il aux différents sondages d'opinion réalisés par les médias, à l'exception sans doute de celui démontrant que 51 pour cent de la population du Jura bernois est favorable à son intégration dans

un canton de l'Arc jurassien et donc voir idéalement son avenir hors du canton de Berne. Peut-être le gouvernement puise-t-il ses convictions dans les résultats des élections cantonales, sans rapport direct avec la question, à l'exception sans doute de l'élection au Conseil-exécutif.

Le gouvernement affirme tout aussi clairement que «bien qu'il est certain qu'un départ du Jura bernois modifierait la situation actuelle et nécessiterait des adaptations, le canton de Berne resterait pour autant bilingue», persuadé qu'une minorité francophone, même restreinte, a sa place en son sein. J'aimerais féliciter le gouvernement pour cette déclaration rassurante. Le gouvernement va ici dans le sens des propos qui ont été tenus à l'époque par M. Bernhard Pulver, directeur de l'instruction publique et membre de la DAJ. Le Conseil-exécutif se demande si «la région francophone aurait intérêt à rejoindre un canton tourné avant tout sur Bâle au lieu de rester dans un canton qui lui permet, dans une mesure qu'elle juge majoritairement satisfaisante, de conserver ses particularités linguistiques et culturelles, tout en faisant partie d'un grand ensemble bilingue axé sur la Suisse occidentale». Là encore, le canton semble connaître l'avis de la population du Jura bernois, un peu comme à l'époque le gouvernement pensait connaître l'avis, avec la même argumentation, des gens du Laufonnais. Il pensait que le Laufonnais resterait dans son giron, une consultation démocratique a établi le contraire. La Regio basiliensis est un espace métropolitain international qui offre à ses voisins suisses et jurassiens une ouverture à l'Europe. Il est vrai qu'une telle ouverture européenne n'est pas de nature à retenir l'attention de la population bernoise qui, au contraire des Jurassiens du Nord et du Sud, s'est opposée à l'adhésion de la Suisse à l'Espace économique européen.

Par sa déclaration, le gouvernement entonne sa litanie préférée: le canton de Berne est bilingue et il se considère comme un lien entre Suisse romande et Suisse alémanique. Dommage que dans de nombreux domaines, alors qu'il a l'occasion de véritablement jouer ce rôle, le canton se range systématiquement du côté des cantons alémaniques. On citera ici l'exemple récent de la justice des mineurs, celui de la prévention de la santé ou le soutien à la ligne Delle-Belfort, ou les nombreuses votations fédérales qui voient Berne se prononcer à l'opposé du Jura bernois et du Jura. Ce qui intéresse Berne, et je le comprends, c'est de pouvoir jouer sur deux tableaux grâce à sa minorité francophone réduite au rôle de faire-valoir et de pontonnier. Pour illustrer la collaboration de Berne avec la Suisse occidentale, le gouvernement cite l'exemple de «Greater Geneva Berne Area», structure qui selon lui permettra à toute la Suisse romande, sans le canton du Jura, et au canton de Berne de collaborer étroitement dans la promotion des sites d'implantation. Nous prenons acte, on verra à terme combien d'emplois seront créés dans la partie francophone grâce à cette mégastucture. Le Conseil-exécutif prétend que le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne est dans l'intérêt du Jura bernois, du canton de Berne, de la Confédération et de la Suisse! Pourquoi ne pas ajouter dans l'intérêt de l'Europe, du monde, voire dans l'intérêt de notre galaxie? Partout de par le monde les problèmes politiques se règlent par la voie démocratique. Le problème jurassien n'étant pas réglé, il faut absolument éviter que, la démocratie ne pouvant s'exercer, certains cherchent d'autres moyens pour faire entendre leur voix. Le gouvernement porte ici une lourde responsabilité que nous ne manquerons pas, le moment venu, de lui rappeler.

Margreth Schär-Egger, Lyss (SP-JUSO). Der Regierungsrat gibt uns mit dem vorliegenden Papier eine Erklärung, wie er mit der Studie, die im Auftrag der Interjurassischen Versammlung gemacht wurde, und mit den Empfehlungen der

Interjurassischen Versammlung umgehen will, welche Schritte er unternehmen will und wann die Entscheide gefällt werden sollen. Die SP-JUSO kann sich dem vorgeschlagenen Vorgehen weitgehend anschliessen. In der Erklärung spricht sich der Regierungsrat deutlich dafür aus, dass der Berner Jura beim Kanton Bern bleiben soll. Die SP-JUSO begrüsst dieses Bekenntnis. Wir sind der Überzeugung, der Verbleib des Berner Juras beim Kanton Bern sei im Interesse der Region, des Kantons, aber auch der gesamten Schweiz. Ohne Berner Jura ist der Kanton Bern kein zweisprachiger Kanton mehr. Die wichtige Brückenfunktion des zweitgrössten Kantons zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz, als Vermittler zwischen den beiden Kulturen, würde wegfallen. Der Status quo+ ist für uns ein möglicher Weg, wie an der Frage der institutionellen Zukunft weitergebaut werden kann.

Weil die Stadt Biel in der Interjurassischen Versammlung nicht vertreten war, wurde ihre Bedeutung für den Berner Jura und den ganzen Jurabogen bei der Studie nicht berücksichtigt. Das ist ein grosses Manko dieses Berichts. Die Stadt Biel muss unbedingt in diesen Prozess mit einbezogen werden. Ebenso wichtig ist es, die Diskussion auf den gesamten Jurabogen auszudehnen. Anliegen wie die Stärkung des Wirtschaftsstandorts, optimale Gesundheitsversorgung, ein Bildungsangebot, das Chancengerechtigkeit fördert, sind in der ganzen Region dieselben. Sie stellen sich nicht nur im Berner Jura oder nur im Kanton Jura und müssen deshalb gemeinsam angegangen werden. Die Interjurassische Versammlung schlägt vor, den Bericht der Bevölkerung vorzustellen und dazu Informationsveranstaltungen durchzuführen. Es ist für uns sehr wichtig, dass an solchen Veranstaltungen umfassend informiert wird. Deshalb müssten der bernjurassische Rat und die Bieler Behörden an allfälligen Veranstaltungen dabei sein. Die betroffene Bevölkerung soll sich zu gegebener Zeit über ihre institutionelle Zukunft äussern können. In welcher Form das geschehen soll, muss nicht heute entschieden werden. Der Berner Jura hat mit dem bernjurassischen Rat ein gewähltes Organ, das legitimiert ist, die Bevölkerung zu vertreten. Deshalb soll er mitentscheiden, in welcher Form die Bevölkerung im Berner Jura Stellung nehmen soll.

Die Einsetzung der Interjurassischen Versammlung vor fünfzehn Jahren war der erste Schritt zum interjurassischen Dialog. Seither leistete die Interjurassische Versammlung wertvolle Arbeit nicht nur in Bezug auf den Dialog, sondern auch in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura. Die Fronten wurden abgebaut, die Situation hat sich beruhigt. Die Bevölkerung wünscht nur eines: dass es so bleibt und dass die alten Konflikte nicht wieder aufbrechen. Es ist ein grosses Verdienst der Interjurassischen Versammlung, dass sich das Zusammenleben im Berner Jura und im Kanton Jura weitgehend normalisiert hat. Wir wünschen deshalb, dass die Interjurassische Versammlung ihre konstruktive Arbeit zwischen Berner Jura und Kanton Jura weiterführen kann und dass auch die Stadt Biel in diesen Dialog einbezogen wird.

Dorothea Loosli-Amstutz, Detligen (Grüne). Die Grünen nehmen den Schlussbericht der Interjurassischen Versammlung mit allen Schwächen und Stärken zur Kenntnis und betrachten ihn als das, wozu er eigentlich gedacht ist: als Studie, die ausgiebig diskutiert werden kann. Ebenso halten wir es mit der Erklärung der Regierung. Wir sind sehr froh, dass die Fragen sorgfältig und mit der nötigen Distanz und mit Respekt angegangen wurden. Wie der Regierungsrat schreibt, will er die Voten, die im Rat abgegeben werden, ebenfalls sorgfältig prüfen. Deshalb mache ich nun eine kleine Auslegeordnung zur Haltung der Grünen. Unsere Haltung

orientiert sich an den Grundsätzen der grünen Politik: langfristige Perspektiven, qualitatives Wachstum, solidarisches Zusammenleben, dezentrale Strukturen und kulturelle Vielfalt. Vor diesem Hintergrund ist für uns klar, dass die betroffene Bevölkerung selber bestimmen können soll, was sie will. Dafür braucht es transparente Information unter Einbezug aller wichtigen Institutionen. Unter diesen Vorzeichen begrüssen wir den Vorschlag, dass die AIJ den Auftrag erhält, gleichzeitig aber der bernjurassische Rat und der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel in einem klar umrissenen Rahmen einbezogen werden.

Dass dabei die Charta eingehalten wird, scheint uns selbstverständlich, ja, es zeigt etwas von der Emotionalität auf, dass überhaupt eine solche Charta formuliert werden muss und nicht einfach als Selbstverständlichkeit gilt. In diesem ganzen Prozess spielt der bernjurassische Rat als von der betroffenen Bevölkerung gewähltes Gremium eine wichtige Rolle und braucht die nötigen Verhandlungsbefugnisse, wenn es um gemeinsame Institutionen geht. Dem kommt das Modell Status quo+ entgegen. Sein Ansatz beruht auf Verbesserung und Kontinuität. Es konzentriert sich in erster Linie auf die Reorganisation des institutionellen Lebens mit neuen, spezifischen Kompetenzen. Es ist eine offene Variante und integriert die laufende Entwicklung der Agglomeration Biel und der Region Jurabogen. Sie hat gegenüber der Variante eines neuen Kantons den Vorteil, dass sie keine zusätzlichen institutionellen Hürden bei der nachhaltigen Raumentwicklung und der Bereitstellung eines leistungsstarken Service public in der Agglomeration Biel schafft.

Die Bedeutung der Zweisprachigkeit im Kanton Bern ist allen klar. Wir gehen jedoch noch weiter. Als Partei, welche die Vielfalt der Multikulturalität als Chance betrachtet, wollen wir die Romands nicht nur dazu missbrauchen, dem Kanton Bern zur Besonderheit der Zweisprachigkeit zu verhelfen; nein, wir wehren uns dagegen, neue ethnische Grenzen zu ziehen. Wir fühlen uns mit dem Berner Jura, mit seiner Geschichte und seiner Kultur verbunden und haben auch das Gefühl, dass der Kanton Bern für den Berner Jura ein gewichtiger und wichtiger Vertreter nach aussen ist. Uns schweben langfristig funktionale Räume vor, bei denen die Kantonsgrenzen gar nicht mehr wichtig sind. Dieser Wandel braucht jedoch Zeit und wahrscheinlich auch neue Generationen, die unverkrampfter und vorurteilsloser miteinander umgehen können. Die Variante Status quo+ lässt genau diesen Weg zu.

Jean-Michel Blanchard, Malleray (UDC). Le groupe UDC a examiné avec beaucoup d'attention la déclaration du Conseil-exécutif sur le rapport de l'Assemblée interjurassienne. C'est avec grande satisfaction qu'il a pris connaissance de son contenu, notamment pour les raisons suivantes. Le Conseil-exécutif exprime très clairement l'avis selon lequel le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne est la meilleure solution. Le Conseil-exécutif considère que la collaboration au sein de l'Arc jurassien doit être intensifiée et étendue à d'autres partenaires, mais que cela n'implique nullement une modification des frontières cantonales. L'énergie devant être dépensée pour cela ne ferait que freiner la progression. Il affirme clairement que le canton de Berne doit rester un canton bilingue et que le Jura bernois, par son statut particulier, a un rôle important à jouer dans ce cadre-là qui lui permet de préserver son identité, de conserver ses particularités linguistiques et culturelles et de participer activement à la politique cantonale. Il aurait attendu de l'AIJ que, dans l'évaluation des effets des partenariats directs, elle prenne en considération le fait qu'il peut y avoir blocage dans la situation que l'on vit aujourd'hui, où une pression énorme est

exercée sur le Jura bernois pour qu'il adhère à un nouveau canton.

On peut imaginer que les blocages auxquels l'AIJ fait allusion seraient bien moindres dans la situation où la volonté du Jura bernois de rester dans le canton de Berne serait une fois pour toutes acceptée par le partenaire jurassien. Il est évident qu'un partenariat entre deux entités dont l'une souhaiterait annexer l'autre est plus difficile qu'entre deux entités n'ayant d'autre but que la collaboration dans les domaines où elle est vitale. Les remarques contenues dans le rapport de minorité de l'AIJ sont dûment prises en compte et je m'en réjouis, notamment le fait que les effets du statut particulier n'ont pas été analysés par l'étude de l'AIJ et que celle-ci ne tient nullement compte du rôle toujours plus important que le Conseil du Jura bernois est amené à jouer dans le domaine des institutions communes et dans l'évolution qu'a connue ce Conseil depuis juin 2006 jusqu'à ce jour, en s'affirmant comme l'institution politique représentative du Jura bernois.

Par contre, les déclarations de Mme la ministre jurassienne responsable du dossier de l'AIJ lors de la remise du rapport du 4 mai dernier, affirmant que son gouvernement n'examinerait même pas le contenu du rapport de minorité sont indignes d'un partenaire, de surcroît lorsqu'ils émanent d'un gouvernement cantonal. Cela démontre comment on entend traiter les minorités dans la République voisine! Le groupe UDC se réjouit également du fait que le Conseil-exécutif se déclare prêt à associer les autorités biennoises aux futurs travaux de l'AIJ, en proposant de discuter du principe et des détails avec les signataires de l'Accord du 25 mars 1994. L'association de Bienne à ces travaux est en effet indispensable aux yeux de l'UDC. Les relations entre Bienne et le Jura bernois étant depuis toujours extrêmement importantes et nombreuses.

En ce qui concerne une éventuelle nouvelle consultation populaire sur l'appartenance cantonale du Jura bernois, l'UDC salue la retenue du gouvernement et considère pour sa part qu'elle serait totalement inutile. Tant les autorités jurassiennes que les mouvements de lutte autonomistes et une majorité des autorités de Moutier ont depuis longtemps déjà clairement fait savoir que seule la solution d'une nouvelle entité regroupant le Jura et le Jura bernois serait acceptable. Considérant les résultats des dernières élections cantonales, tant pour le Grand Conseil que pour le Conseil du Jura bernois, il est clairement établi qu'un tiers des sièges ont été obtenus par les autonomistes. Le résultat d'un vote ne ferait dès lors aucun doute, mais serait totalement inutile puisqu'il ne serait pas respecté, à moins que dans ce cas précis la minorité autonomiste prétende avoir le droit d'imposer ses vues à la majorité.

Contrairement à ce que prétendent certains, le gouvernement a pleinement le droit et raison de faire une déclaration forte sur l'appartenance du Jura bernois au canton de Berne. Notre population, dans sa grande majorité, se sent ainsi pleinement soutenue et motivée pour défendre ses droits dans le cadre d'un canton bilingue qu'est le canton de Berne. Je salue également la prise de position de différents groupes, notamment M. Messerli pour le PEV pour cette piste à six districts ou six communes, M. Stadler qui dit que l'avenir du Jura bernois est dans le canton de Berne, la même chose pour Mme Schär pour le PS-JS. Quant aux propos fantaisistes de M. Zuber, je ne m'y attarderai pas, mais j'aimerais souligner que quand il prétend donner une leçon de démocratie, il oublie que le Jura bernois a depuis longtemps décidé démocratiquement de rester dans le canton de Berne.

Marc Früh, Lamboing (UDF). Pour l'UDF, la prise de position du gouvernement concernant le rapport de l'Assemblée interjurassienne semble très adéquate. La précision dans ce

dossier nous paraît indispensable, chaque mot doit être pesé, comme dans le rapport de l'AIJ. Pour l'UDF qui est cosignataire du rapport de minorité, il est évident que l'avenir du Jura bernois doit être élaboré par les citoyennes et les citoyens qui y habitent. L'ingérence d'autres autorités extra-cantonales est absolument à exclure, cela ne fait que nuire aux relations tissées avec patience. Pour l'UDF, le statu quo permet d'avancer, de réaliser des projets communs dont les deux parties sont bénéficiaires. Inclure la ville de Bienne dans le processus politique nous paraît très logique et a déjà été revendiqué, entre autres par moi-même dès le départ de l'étude en tant que membre de l'AIJ. Le Jura bernois et le district de La Neuveville sont tournés vers cette agglomération de Bienne, ils y ont noué de nombreux liens dont certains affectifs. Les transports en commun rejoignent sa gare qui est incontournable pour tout déplacement en train, idem pour son hôpital, ses lieux d'études et de formation, ses magasins.

Pour l'UDF, le maintien du dialogue en vue d'un développement réciproque doit être maintenu. Il permettra de régler dans l'immédiat certaines sources de tension. Issu du statut particulier, le Conseil du Jura bernois doit être davantage inclus dans les discussions et les décisions interjurassiennes; par exemple l'information pourrait très bien être faite par le Conseil du Jura bernois.

Pour l'UDF, le bilinguisme est un atout important, qu'il s'agit de développer. La sensibilité et le savoir-faire de la population méritent le soutien nécessaire qui permettra de vivre en paix et pour cela nous sommes heureux de pouvoir nous reposer sur un grand canton. Le développement du Jura bernois et de la République et canton du Jura n'est possible que dans la paix, dans la recherche du bien commun et dans le respect réciproque. Toute revendication territoriale, toute pression politique, toute revendication arbitraire ne bloquent non seulement les relations entre les deux Jura, mais excluent l'arrivée d'investisseurs nouveaux dont la région a grandement besoin. En ce qui concerne un vote par la population, je dis simplement que c'est inutile, vu que les parties adverses ont déjà dit qu'ils ne respecteraient pas le résultat. Quant au rôle du Jura idéalisé par mon collègue Zuber avec Bâle, j'aimerais simplement dire que lorsqu'il y a eu des rencontres interparlementaires du Nord-ouest, la République et canton du Jura était absente, malgré le thème extrêmement intéressant de la violence des jeunes et du droit des mineurs. L'UDF remercie le gouvernement de gérer ce dossier avec doigté.

Beatrice Simon-Jungi, Seedorf (BDP). Une des spécialités de notre canton est d'être bilingue. Chacun et chacune peut s'exprimer dans sa langue et on se comprend, si on veut. Uns allen ist klar, dass die Thematik, über die wir nun diskutieren, eine delikate ist. Sie ist stark von Emotionen geprägt, und es geht nicht immer nur um die Sache. Wir erinnern uns alle noch an die Ereignisse, die letztlich zur Gründung des Kantons Jura führten. Es sind nicht nur gute Gefühle, die wir dabei haben. Wir hofften alle, dass mit der Gründung des Kantons Jura Ruhe in die Region einkehren werde. Das ist leider nicht der Fall. Immer wieder beschäftigen wir uns mit dem Thema «Berner Jura wohin?»; immer wieder gibt es Leute, die meinen, der Berner Jura müsse zum Kanton Jura wechseln. Die BDP ist klar der Meinung, dass der Berner Jura zum Kanton Bern gehört – jetzt, aber auch in Zukunft. Die Gründe dafür sind vielfältig und wurden mehrheitlich genannt. Wir sind deshalb froh, dass der Regierungsrat im Bericht unter Ziffer 6 sehr deutlich festhält, dass der Berner Jura auch in Zukunft zum Kanton Bern gehören soll. Selbstverständlich anerkennt auch die BDP, dass eine vermehrte Zusammenarbeit im Jurabogen zwingend notwendig ist. Aber eben: eine Zusammenarbeit – ich betone es noch einmal –,

nicht mehr und nicht weniger. Ein ganz wichtiger Punkt in dieser ganzen Geschichte ist die Funktion des Amtsbezirks Biel. Er muss in die Zusammenarbeit eingebunden werden; das haben wir bereits mehrmals gehört. Er übt zwischen dem Kanton Bern, dem Seeland und dem Berner Jura eine wichtige Funktion aus. Als Präsidentin des Vereins Seeland Biel/Bienne muss ich auch festhalten, dass für uns der Bericht mit der entsprechenden Äusserung zum richtigen Zeitpunkt kommt. Vor allem die Schlussfolgerung ist für uns sehr wichtig. Weshalb? Wir stehen in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen im Berner Jura und beschäftigen uns seit längerer Zeit mit der Einführung der Regionalkonferenz. Und nun achten Sie gut darauf, wie diese heissen soll: Sie soll nämlich Regionalkonferenz Biel-Bienne-Seeland-Berner Jura heissen. Ich betone: Nicht die Betroffenen haben diesen Namen festgelegt, vielmehr hat ihn die Regierung vorgeschlagen. Schon an diesem Namen merkt man, dass wohl die Regierung schon länger der Meinung ist, der Berner Jura solle zum Kanton Bern gehören. Dieser Prozess für die Einführung der Regionalkonferenz ist in vollem Gang. Wir werden Anfang 2011 eine entsprechende Volksabstimmung durchführen. In dem Zusammenhang wurden die Behörden aller Gemeinden der Berner Seelands und des Berner Juras angefragt, wie sie sich zur Einführung einer solchen Regionalkonferenz stellen. Aufgrund der positiven Rückmeldungen können wir davon ausgehen, dass die Volksabstimmung letztlich auch durchkommt, dass die Bevölkerung das akzeptieren würde. Ich denke, das wäre ein wichtiges Zeichen.

Ich fasse zusammen: Die BDP nimmt Kenntnis vom Bericht, weil der Berner Jura beim Kanton Bern bleiben soll. Die BDP unterstützt aber auch die erweiterte Zusammenarbeit im Jurabogen. Zu diesem Thema wird bekanntlich noch eine Motion behandelt werden. Uns ist es wichtig, den Amtsbezirk Biel in diese Zusammenarbeit einzubeziehen.

Jean-Pierre Aellen, Tavannes (PSA). On peut légitimement se demander à quoi sert le présent débat, dans la mesure où le Conseil-exécutif a accordé la préséance à ses amis de Force démocratique, lesquels ont bénéficié de la primeur de la position gouvernementale. Les parlementaires élus démocratiquement se voient ainsi réduits au second rôle. Le gouvernement n'a même pas attendu de disposer de l'appréciation des conseils communaux de Bienne et d'Evilard, inconnue à la date de la rédaction de sa déclaration. Quant au Conseil du Jura bernois, il lui a été demandé de prendre position, non pas sur le fond du rapport de l'Assemblée interjurassienne, mais bien sur la suite formelle de la procédure – compléments, séances interactives, etc. Or, dans sa déclaration, le gouvernement s'exprime sur le fond. Ce manque de respect des institutions est inadmissible et condamnable! Alors que la question de Bienne est omniprésente dans sa déclaration, le gouvernement ne dit pourtant mot de la prise de position commune du Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne et des exécutifs de Bienne et d'Evilard, qui, le jour même du dépôt du rapport de l'AIJ, ont affirmé clairement que «il appartient clairement à la population du Jura et du Jura bernois de décider de son avenir». A noter ici l'emploi du singulier.

Dans sa déclaration, le gouvernement relève que l'étude Jeanrenaud ne prend pas tous les éléments en considération et cite le CIP, HEP BEJUNE, HES-SO et la Haute école ARC. Notons que cette étude ne montre pas non plus le potentiel d'économies dont le canton de Berne pourrait profiter avec un départ du Jura bernois, élément qui, en cette période de difficultés économiques, pourrait fort opportunément alimenter la réflexion de ce Grand Conseil. Quant aux institutions de formation citées, Berne, tenant à demeurer bilingue, aurait

tout intérêt à être partie prenante dans les structures de Suisse occidentale et de l'Arc jurassien. Le gouvernement se garde bien par ailleurs de relever qu'une actualisation du rapport Jeanrenaud devrait également prendre en compte d'autres éléments à l'exemple des montants des primes de l'assurance-maladie, des salaires des enseignants et des bourses d'études. On peut en conclure que la région finalement, à la suite de créations d'institutions communes interjurassiennes (*la présidente prie l'orateur de conclure*) et que celles-ci n'étaient aucunement perçues dans le rapport. En conclusion, plutôt que de parler au nom de la région, le gouvernement ferait mieux de la consulter.

Christian Vaquin, Moutier (PDC). Dans sa déclaration, le gouvernement se range derrière le modèle «Statu quo +» à caractère évolutif. En d'autres circonstances, faut-il le rappeler ici, le Conseil-exécutif a pourtant déclaré que le Jura bernois a déjà obtenu le maximum possible au travers du statut particulier. Le président du gouvernement M. Mario Annoni l'a même asséné à cette tribune du Grand Conseil: «Tout peut certes évoluer, mais les compétences du Jura bernois ne pourront pas aller au-delà de l'article 6 de la Constitution.» Ce qui ne manque pas d'étonner, c'est la position de certains représentants du Jura bernois qui aujourd'hui se rangent docilement derrière le gouvernement, alors qu'ils étaient hier les chantres de l'autonomisation de leur région quand ils fonctionnaient par exemple au sein du groupe Avenir ou à la tête de la Conférence des maires. A l'époque, lorsque les partis furent consultés sur le contenu à donner au statut particulier, les revendications ne manquaient pas. Tous les partis demandaient de larges compétences pour le Jura bernois. Le parti radical réclamait les mêmes compétences que celles d'un conseiller régional en France. L'UDC exigeait la création d'une institution régionale nantie d'un véritable pouvoir de décision propre au Jura bernois et dotée de compétences dans différents domaines. Même l'UDF avait établi une liste de compétences dans les domaines non seulement de la culture et de l'enseignement, mais aussi dans ceux de l'aménagement du territoire, de la promotion économique, de la santé et j'en passe. Ce double discours des partis politiques est affligeant tout comme leur capacité à abdiquer dès que le gouvernement hausse le ton. La déclaration du Conseil-exécutif est du même acabit. Reprenant les vieux discours que tenait jadis le conseiller d'Etat modéré Martignoni, elle déçoit tous ceux qui attendaient plus d'intelligence et d'ouverture de la part d'un gouvernement à la providentielle majorité rose-verte. Assurément, le ton utilisé ne sera pas sans conséquences lors des prochaines élections cantonales.

Irma Hirschi, Moutier (PSA). Lyrique, le Conseil-exécutif considère qu'à l'intérêt politique et économique du bilinguisme s'ajoute un enrichissement culturel et humain – auquel je suis particulièrement sensible – permettant aux deux communautés linguistiques d'être à l'écoute et ouvertes au dialogue, à la compréhension, à l'interculturalité et à la multiculturalité. Ce qui explique sans doute par exemple pourquoi la majorité alémanique s'est opposée à ce que les étrangers obtiennent le droit de vote sur le plan communal. Ce qui explique sans doute aussi pourquoi les francophones font preuve d'une plus grande ouverture à l'égard des questions liées à l'intégration, à l'asile, à la politique sociale, à l'Europe, qui tranchent avec la fermeture de la majorité alémanique. Quand le gouvernement affirme qu'une égale importance est accordée aux deux langues, on doit sourire.

Le Conseil-exécutif prétend que tout projet d'institution commune risque d'être considéré par la partie jurassienne bernoise comme un pas non voulu fait en direction d'un nouveau

canton. On se demande chez qui, hormis Force démocratique, le gouvernement est allé chercher une telle interprétation. Le gouvernement a refusé la création d'un office interjurassien des sports, pourtant réclamé par la région. Rappelons aussi qu'en 2002 la Députation a accepté une motion demandant au Conseil-exécutif de créer une institution commune chargée de la promotion culturelle pour l'ensemble de la région du Jura et du Jura bernois. On peut donc en conclure que la région appelait cette institution commune de ses vœux et que celle-ci n'était aucunement perçue comme un pas dans une direction non voulue. Pourtant, rien de nouveau sous le soleil depuis presque sept ans.

Le gouvernement considère aussi qu'il n'a pas à prendre l'initiative d'organiser une consultation de la population, qu'il décrit comme majoritairement favorable à la situation actuelle. Il ne perçoit pas de signes exprimant une telle demande. Peut-être faudra-t-il lui donner de tels signes qu'il prendra en compte et respectera. Peut-être que ceci se produira dans la région de Moutier, ville dont le statut particulier est reconnu par l'Accord du 25 mars et signé par le gouvernement bernois.

Annelise Vaucher-Sulzmann, Cormoret (PBD). Je remercie le Conseil-exécutif de sa déclaration exhaustive et très nuancée sur le rapport de l'Assemblée interjurassienne. Je salue tout particulièrement sa volonté d'évaluer avec soin les interventions au sein du Grand Conseil et de prendre en compte les positions des organes politiques en place, soit du Conseil du Jura bernois, du Conseil des affaires francophones et des autorités de Bienne et d'Evilard avant de s'engager plus loin dans la négociation. Je ne vais pas revenir sur les propos qui ont été tenus. Toutefois j'aimerais relever ici les pressions intolérables exercées par le mouvement autonomiste jurassien, le MAJ, sur la formulation du Jura bernois, mouvement qui est prêt à tout pour arriver à ses fins. J'en veux pour preuve le communiqué de presse paru dans le Quotidien jurassien qui a pour titre «Berne se rebiffe, tous à la Fête du peuple» et dans lequel on peut lire entre autres que «Berne implique Bienne dans la question jurassienne, Berne donne des gages au mouvement pro-bernois et renie les accords signés. Nous voilà revenus au temps des plébiscites». Le mouvement estime que dans sa position le gouvernement bernois ridiculise l'AIJ et la renvoie à la niche après avoir ironisé sur le sérieux de l'étude produite. Je me demande d'ailleurs s'ils ont réellement lu le rapport du Conseil-exécutif. C'est oublier une fois de plus que pour ce mouvement, il n'y a qu'une considération, c'est Un seul Jura, à n'importe quel prix.

Faut-il être riche et peu soucieux de la nécessité de défendre l'attractivité de la région pour traiter ainsi sa population, qui se bat au quotidien pour répondre au monde exigeant dans lequel nous vivons. Aujourd'hui où la mobilité et la flexibilité sont demandées, où chacun d'entre nous doit être compétitif et relever les défis de demain, ce n'est pas le déplacement de la frontière au Taubenloch qui permettra aux habitants de la République et canton du Jura et du Jura bernois d'avoir la masse critique pour mieux se faire entendre. Le mur de Berlin est tombé, l'Union européenne s'agrandit de jour en jour, nos rapports se mondialisent, la Suisse s'organise de plus en plus en régions, ne serait-il pas temps, par le dialogue et dans le respect mutuel, qui sont les valeurs fondamentales de notre démocratie, d'unir nos forces, non pas pour modifier une frontière cantonale, mais bien pour rechercher ce que nous pourrions entreprendre pour développer les atouts de nos deux régions? Au lieu de lancer des appels guerriers au sein de la population, je serais heureuse que le MAJ relise le rapport du Conseil-exécutif, respecte la volonté de la popula-

tion du Jura bernois et aide à la construction d'un Arc jurassien fort, dépassant ainsi une lutte devenue au fil des années purement idéologique, ceci dans l'intérêt de nos populations et pour le plus grand bien de l'image et l'attractivité de notre magnifique pays.

Sylvain Astier, Moutier (PRD). Comme la plupart des intervenants, je salue ce rapport qui à plusieurs reprises mentionne le rapport minoritaire que j'ai accepté et signé. J'en suis très reconnaissant au gouvernement qui donne la juste valeur à ce rapport minoritaire. Le gouvernement reconnaît que la piste du statu quo n'a pas été étudiée. Le mandat n'est pas rempli par l'Assemblée interjurassienne. Pour un demi-million de francs, on peut vraiment se demander pourquoi l'AIJ n'étudie même pas la piste du statu quo. Le gouvernement doit être conséquent, il doit maintenant demander à l'AIJ d'étudier le statu quo. De plus, un deuxième motif de satisfaction pour moi ce sont ces séances interactives. Ces séances auraient permis à l'AIJ de faire du prosélytisme en transmettant la bonne parole des six districts par le canal des membres de l'AIJ pro-jurassiens. Ainsi, avec l'implication du canton, du CJB, du CAF, ce prosélytisme en faveur des six districts tombe. Je demande au gouvernement d'apporter une correction à la page 3 du rapport et de bien vouloir respecter les parlementaires qui déposent des motions. Il est indiqué que j'ai fait une motion concernant l'association du district de Bienne aux travaux de l'Assemblée interjurassienne. Mon collègue Jean-Michel Blanchard a été oublié, je vous demande d'associer son nom, je ne suis pas seul dans ce combat.

Philippe Perrenoud, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. La discussion a été longue, je serai extrêmement bref en remerciant les différents intervenants pour leurs explications. On voit que la discussion va rester vive aussi au sein du Jura bernois. Comme l'a dit le président de la Députation, j'étais content que la Députation vienne avec une voix unie pour cette discussion. Il a aussi précisé que les avis restaient divergents quant à la suite. Ce qui est important, c'est que le dialogue soit maintenu et c'est dans cet état d'esprit que je vais pouvoir rendre compte au gouvernement de la discussion au parlement et préparer les discussions que nous aurons lors des séances bipartites avec le gouvernement jurassien et tripartites avec la Confédération. Nous pouvons passer au sujet suivant.

Kenntnisnahme

256/09

Dringliche Motion Astier, Moutier (PRD) / Blanchard, Malleray (UDC) – Einbindung des Amtsbezirks Biel in die Arbeiten der Interjurassischen Versammlung

Wortlaut der Motion vom 25. Juni 2009

Der Regierungsrat wird gebeten, die entsprechenden Massnahmen zu treffen, damit der zweisprachige Amtsbezirk Biel in die Arbeiten der IJV eingebunden wird, namentlich in Bezug auf die Studie vom 4. Mai 2009 (Status quo + / Kanton Jura mit sechs Gemeinden).

Begründung:

Die IJV hat ihren Bericht am 4. Mai 2009 vorgelegt. Sie spricht sich darin für zwei Lösungsansätze aus: einen Status quo+ oder die Bildung eines neuen Kantons mit sechs Gemeinden. Die französischsprachigen Vertreterinnen und Vertreter von Stadt und Amtsbezirk Biel durften an dieser Studie

jedoch nicht teilnehmen, und zwar unter dem Vorwand, dass die Stadt Biel und der zweisprachige Amtsbezirk Biel in der Vereinbarung vom 25. März 1994, mit der die IJV geschaffen wurde, nicht erwähnt werden.

Es ist aber offensichtlich, dass Stadt und Amtsbezirk Biel aufgrund ihrer engen Beziehungen zum Berner Jura in der IJV-Studie nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

Die IJV anerkennt dies im Bericht der Mehrheit selbst:

«In einer interjurassischen Region, die sich in der Nähe der grossen Wirtschaftszentren der Schweiz und Europas befindet, muss der neue Kanton fähig sein, spezifische und geeignete Projekte zur Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen, um attraktiver zu werden. Es scheint im Übrigen unabdingbar, dass er die starke interkantonale und interkommunale Zusammenarbeit intensiviert und eine echte Strategie für die Aussenbeziehungen (Positionierung), namentlich mit der Stadt Biel, entwickelt.»

Und weiter:

«Die vorgeschlagenen institutionellen Ansätze, egal um welche es sich handelt, müssen zwingend der besonderen Situation des Berner Juras, der sowohl mit dem Kanton Bern, mit der Stadt Biel als auch mit dem heutigen Kanton Jura eng verbunden ist, Rechnung tragen. Der Berner Jura wird immer auf der Suche nach einem Gleichgewicht zwischen den beiden Polen sein. Die zu findende politische Lösung muss diese Eigenschaft, die – falls sie akzeptiert wird – eine reichhaltige Quelle sein könnte, zwingend berücksichtigen.»

Und schliesslich:

«Die zweisprachige Stadt Biel spielt für die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region in doppelter Hinsicht eine entscheidende Rolle: Es geht einerseits um die engen Beziehungen, die der Berner Jura mit der Seelandmetropole pflegt, und andererseits um die Zukunft der Welschbielerinnen und Welschbieler innerhalb des Kantons Bern, sollte der Berner Jura den Kanton Bern verlassen. In Bezug auf den ersten Punkt bestreitet die IJV die besonderen Beziehungen des Berner Juras zu Biel nicht, sondern betont vielmehr deren Bedeutung. [...] Die Zukunft der Welschbielerinnen und Welschbieler ist hingegen sehr wohl von entscheidender Bedeutung. Diese Problematik betrifft die inneren Angelegenheiten des Kantons Bern, ist doch die Stadt Biel nicht Partei der Vereinbarung vom 25. März 1994. Die IJV ist demzufolge nicht näher darauf eingegangen.»

Unter diesen Voraussetzungen muss der Regierungsrat so rasch wie möglich Lösungen finden, um die Bielerinnen und Bieler an den Diskussionen der IJV teilhaben zu lassen.

Der Kanton Bern hat sechs Monate Zeit, um sich zum weiteren Vorgehen im Zusammenhang mit der IJV-Studie vom 4. Mai 2009 zu äussern. (Weitere Unterschriften: 0)

Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 12. August 2009

Die IJV wurde als Ort des Dialogs zwischen den drei Amtsbezirken des Berner Juras und dem Kanton Jura gegründet. Als der Kanton Bern zusammen mit dem Kanton Jura die IJV mit der Durchführung einer Studie über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region beauftragte, musste er den Gegenstand der Studie daher auf das mit der Vereinbarung vom 25. März 1994 umschriebene Gebiet beschränken. Nachdem die Studie nun abgeschlossen ist, liegt das weitere Vorgehen in der Kompetenz der Regierung, die zu prüfen hat, was die Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Feststellungen der IJV für den Kanton und für die betroffene Region bedeuten. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass sie dabei auch den Konsequenzen Rechnung tragen muss, die

die institutionelle Zukunft des Berner Juras auf die Region selbst, aber auch auf Biel und den gesamten Kanton hätte. Der Regierungsrat hat daher wie bereits seit langem angekündigt und anlässlich der Veröffentlichung des IJV-Berichts am 4. Mai 2009 bestätigt nicht nur dem Bernjurassischen Rat (BJR), sondern auch dem Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) sowie den Gemeinderäten von Biel und Leubringen die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben. Er wird dafür sorgen, dass alle Informationen, die im Zusammenhang mit der institutionellen Zukunft des Berner Juras abgegeben werden, vollständig sind und somit den Beziehungen zwischen dem Berner Jura und Biel Rechnung tragen.

Der Regierungsrat wäre damit einverstanden, dass der RFB und die Bieler Behörden auf geeignete Weise in die Arbeiten der IJV eingebunden werden. Für ihn hat nun das weitere Vorgehen nach der Studie Priorität, und in diesem Rahmen wird es auch möglich sein, die künftige Rolle der IJV zu definieren. Er ist bereit, die Unterzeichner der Vereinbarung vom 25. März 1994 zu gegebener Zeit einzuladen, den Grundsatz und die Einzelheiten einer Einbindung Biels in die Arbeiten der IJV zu diskutieren. Antrag: Annahme der Motion.

Präsidentin. Est-ce que cette motion est contestée? – Le gouvernement l'approuve. Cette motion n'est pas contestée.)

Abstimmung

Für Annahme der Motion
Dagegen

111 Stimmen
0 Stimmen
4 Enthaltungen

257/09

Interpellation Zuber, Moutier (PSA) / Aellen, Tavannes (PSA) / Hirschi, Moutier (PSA) / Vaquin, Moutier (PDC) – Berücksichtigung der Welschbieler Interessen bei den Vorschlägen der Interjurassischen Versammlung

Wortlaut der Interpellation vom 29. Juni 2009

Der Schlussbericht der Interjurassischen Versammlung und die darin enthaltenen Vorschläge lösen bei der welschen Bevölkerung des zweisprachigen Amtsbezirks Biel einige Sorgen aus.

Wie schon in der Vergangenheit nutzen einige diese Situation, um die Romands von Biel zu instrumentalisieren, und zwar mit dem alleinigen Ziel, die Suche nach einer guten Lösung für das Juraproblem zu erschweren. Man muss aber auch feststellen, dass diejenigen, die Biel für ihre Thesen vorschieben, sich sehr wohl davor hüten, die Stadt auch in die Überlegungen einzubinden, welche die Reorganisation der regionalen soziokulturellen Infrastrukturen betreffen (Spitäler, Berufsschulen usw.).

Die Behörden der Stadt Biel verfolgten in Bezug auf das Juraproblem stets eine Politik der aktiven Neutralität. Diese zeigte sich namentlich in der gemeinsamen Stellungnahme der Gemeinderäte von Biel und Leubringen sowie des Rats für zweisprachige Angelegenheiten (RFB), die am vergangenen 4. Mai offiziell erklärt haben, sie seien «davon überzeugt, dass die Bevölkerungen des Kantons Jura und des Berner Juras über die Zukunft entscheiden müssen». Auf ein positives Echo stiess diese Politik bisher bei den kantonalen Behörden, die sich entschieden haben, unterschiedliche Gesetzesbestimmungen zu erlassen und eigene Organe für den

Berner Jura (BJR) und für die Welschbieler Minderheit (RFB) einzusetzen. Das Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutgesetz, SStG) regelt die jeweiligen Befugnisse des BJR und des RFB sowie die Koordinations- und Mitbestimmungsfragen im Zusammenhang mit den Geschäften, die in ihre gemeinsame Kompetenz fallen (Schulkoordination mit der Westschweiz und dem Kanton Jura).

Sollten sich die beiden Kantonsregierungen für die Option «Status quo+» entscheiden, würden die bestehenden Organe weiterhin in der Lage sein, die Beziehungen und die Koordination zwischen Biel und dem Berner Jura bzw. zwischen Biel und der Westschweiz (BEJUNE-Raum) sicherzustellen. Es gäbe somit keinen Grund, dem Wunsch der Bieler Behörden nachzukommen, die einen Beobachterstatus in der IJV verlangen.

Sollten sich die Kantone hingegen für die Lösung eines neuen Kantons mit sechs Gemeinden und Moutier als Hauptort entscheiden, müssten viele Fragen in Bezug auf die Stadt Biel und den neuen Kanton entschieden werden, und zwar unter Einbindung der Welschbieler Minderheit. In diesem Fall wäre es in einem ersten Schritt angezeigt, Biel einen Beobachterstatus zu gewähren, um die Stellung der Welschbieler Bevölkerung zu stärken. In einem zweiten Schritt würde es darum gehen, das gesetzlich gewährte Sonderstatut (SStG) auf diese Minderheit auszudehnen und ihr die entsprechenden Befugnisse zu geben, um direkte Beziehungen mit dem neuen Nachbarkanton unterhalten zu können (nach dem Muster der interjurassischen Befugnisse, die heute dem Berner Jura übertragen sind).

Für die Bieler Romands ist es insbesondere wichtig, den Fortbestand sicherzustellen und die Attraktivität ihrer Bildungseinrichtungen zu stärken (Sekundar-, Berufs- und Handlungsmittelschulen, Gymnasien, Pädagogische Hochschule HEP). Würde die Stadt Biel in den Bereichen Bildung und Kultur an den BEJUNE-Raum angedockt und würde ein exklusives Angebot an zweisprachigen Ausbildungen für die jungen Menschen aus den sechs jurassischen Bezirken entwickelt, könnte die Stellung der Welschbieler gestärkt werden. Die Bieler Bildungseinrichtungen würden so einen echten interkantonalen Status erhalten (nach dem Muster des interkantonalen Gymnasiums La Broye).

Biel wäre nicht mehr eine reine Plattform zwischen Welschen und Deutschsprachigen innerhalb ein und desselben Kantons. Diese Stadt würde sich als zweisprachige Schnittstelle zwischen zwei Kantonen aufdrängen: einem französischsprachigen Kanton (Jura) und einem im Wesentlichen deutschsprachigen Kanton (Bern). Die Bieler Agglomeration spielt diese Rolle heute zwischen den Nachbarkantonen Solothurn und Neuenburg.

Mit Biel und weil es in seinem eigenen Interesse ist würde der Kanton Bern zweisprachig bleiben und seine Rolle als Brücke zwischen der Deutsch- und der Westschweiz sowie zwischen dem Mittelland und dem Jurabogen noch besser spielen können. Regierungsrat Pulver hat dies im Übrigen betont, als er sagte, der Kanton Bern würde auch ohne den Berner Jura zweisprachig bleiben. Die Frage, ob der Kanton Bern seine Zweisprachigkeit allein mit den Frankophonen aus Biel und Umgebung sowie aus der Bundesstadt aufrechterhalten würde, wurde bereits in den 1970er-Jahren entschieden. Damals arbeitete der Kanton einen Verfassungszusatz aus, der es dem gesamten Berner Jura theoretisch erlaubt hätte, den Kanton Bern zu verlassen.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wäre die Regierung – sollte man sich für die Lösung eines aus sechs Gemeinden bestehenden Kantons mit Hauptort

Moutier entscheiden – bereit, die Dreiparteienkonferenz zu bitten, Biel mit einem Beobachterstatus in die IJV aufzunehmen?

2. Würden vor diesem Hintergrund die heutigen Verfassungsbestimmungen ausreichen, um die Stellung der französischsprachigen Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks zu stärken, indem ihr interjurassische Kooperations- und Vertretungsbefugnisse gewährt werden?

(Weitere Unterschriften: 0)

Schriftliche Antwort des Regierungsrats vom 12. August 2009

Der Regierungsrat teilt die Meinung der Interpellanten nicht, wonach der Kanton Bern seine Brückenfunktion zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz ohne Berner Jura besser spielen könnte. Die Fragen der Interpellanten können wie folgt beantwortet werden:

1. Die Vereinbarung vom 25. März 1994 hat die Interjurassische Versammlung als Ort des Dialogs zwischen dem Kanton Jura und dem aus den drei Amtsbezirken Courtelary, Moutier und Neuenstadt bestehenden Berner Jura geschaffen. Sollte man sich für die Lösung eines Kantons aus sechs Gemeinden entscheiden, würde die Vereinbarung gegenstandslos und die Interjurassische Versammlung würde aufgelöst. Dies bedeutet nicht, dass zwischen dem neuen Kanton und Biel nicht auch ein Dialog entstehen könnte, dies wäre hingegen nur nach vollkommen neuen Modalitäten und auf der Grundlage einer neuen Vereinbarung zwischen dem neuen Kanton und dem Kanton Bern möglich.
2. Artikel 5 der Kantonsverfassung hat es ermöglicht, den Berner Jura mit einem Sonderstatut auszustatten und in diesem Rahmen dem Bernjurassischen Rat, dem durch das bernjurassische Volk gewählten Organ, einige Befugnisse zu übertragen. Die Kantonsverfassung enthält hingegen keine Grundlagen, wonach einem Teil der Gemeindebevölkerung von Biel und Leubringen im Rahmen der Beziehungen zwischen dem neuen Kanton und dem Kanton Bern Vertretungsbefugnisse übertragen werden könnten.

Präsidentin. M. Zuber n'est pas satisfait, il fait une déclaration.

Maxime Zuber, Moutier (PSA). Une brève déclaration pour expliquer aussi notre abstention lors du vote sur la motion précédente. Si la piste du «Statu quo +» est choisie, bien que personne, ni M. le conseiller d'Etat ni M. Blanchard, ne nous a dit ce que serait ce «Statu quo +» dans la mesure où une fois pour toutes ce Grand Conseil a décidé que ce qui est possible d'accorder au Jura bernois l'a été et que nous avons atteint le maximum de la Constitution. Il faudra qu'on nous explique ce qu'on peut encore mettre comme contenu dans ce «Statu quo +». Si ce statu quo est choisi, les institutions mises en place aujourd'hui permettent une bonne collaboration entre Bienne et le Jura bernois, le Conseil des affaires francophones et le Conseil du Jura bernois sont en fait les deux plateformes de collaboration et il n'y a pas lieu d'aller au-delà et d'intégrer Bienne aux travaux de l'Assemblée interjurassienne. En revanche, si on choisit la voie de la constitution d'un nouveau canton, il sera alors primordial d'associer les Biennois dans ce rapprochement, de sorte que les Biennois puissent savoir aussi quels sont leurs intérêts; il est exclu de construire quoi que ce soit contre les francophones de Bienne, au contraire il faut les associer et les études complémentaires qui ont été réclamées pourront permettre aussi aux Biennois de voir où sont leurs intérêts.

Präsidentin. M. le conseiller d'Etat peut changer de casquette, nous entrons tout de suite en matière sur les actes législatifs.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (EG OHG)

Beilage Nr.

Eintretensdebatte

Christine Häslar, Wilderswil (Grüne), Präsidentin der Kommission. Wir haben nun die Möglichkeit, ein bisschen aufzuholen. Nicht etwa, weil das Gesetz nicht wichtig wäre, sondern weil es in der Vorberatung sehr deutlich und breit getragen und von der Kommission einstimmig genehmigt wurde. Ich erlaube mir deshalb, im Eintretensvotum zugleich auch die Inhalte und die Anträge auf nur eine Lesung zu behandeln, denn zu den einzelnen Artikeln wurden keine Anträge eingereicht. Ich erlaube mir dieses Vorgehen, es sei denn, es würden während der Debatte noch Anträge gestellt.

Am 23. März 2007 verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Totalrevision des Opferhilfegesetzes. Diese Totalrevision bedingt verschiedene Anpassungen des kantonalen Einführungsgesetzes und der entsprechenden Verordnung. Zu den wichtigsten Änderungen bei der Totalrevision des Opferhilfegesetzes gehört unter anderem der Verzicht auf Entschädigung und Genugtuung bei Straftaten im Ausland, allgemein eine längere Verwirkungsfrist für die Einreichung von Begehren um Entschädigung und Genugtuung, eine Lockerung der Schweigepflicht der Beratungsstellen zum Schutz von minderjährigen Personen sowie eine zusätzliche Verlängerung der Verwirkungsfrist für minderjährige Opfer von schweren Straftaten gegen physische und sexuelle Integrität. Gerade diese Änderungen sind sehr wichtig. Opfer von physischen und sexuellen Übergriffen leiden oft sehr lange, bis es ihnen gelingt, über das Erlittene zu sprechen, sich dem zu stellen und die Verantwortlichen zu nennen. Die Neuerung mit der Verlängerung der Verwirkungsfristen kommt den Opfern entgegen und bietet ihnen etwas mehr Zeit, um ihre Kräfte zu sammeln, die sie benötigen, um über das Geschehene sprechen zu können, um sich der Situation stellen und Forderungen anbringen zu können.

Auch die Lockerung der Schweigepflicht von Beratungsstellen ist ein sehr wichtiges Instrument zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Minderjährige Opfer von häuslicher Gewalt, von Gewalt innerhalb der Familien, also in ihrem engsten Umfeld, sind grossem Leidensdruck ausgesetzt. Gerade dort, wo Kinder normalerweise behütet sein müssten und sich am sichersten fühlen sollte, sind solche Opfer nicht in Sicherheit, sondern in Gefahr. Es ist ausserordentlich wichtig, dass die Beratungsstellen in solchen Fällen handeln können, eben dann, wenn die Sicherheit von Kindern, von Minderjährigen gefährdet ist.

Der vorliegende Gesetzesentwurf, der in der Kommissionssitzung am 18. Mai bearbeitet und verabschiedet wurde, übernimmt diese Bestimmungen von der bisherigen Einführungsverordnung und passt sie dem revidierten Opferhilfegesetz und den heutigen Verhältnissen an. Das Einführungsgesetz wird daher in der Praxis keine grossen Änderungen zur Folge haben. So werden beispielsweise zwischen der GEF und den Opferhilfeberatungsstellen im Kanton Bern bereits seit 2006 Leistungsverträge abgeschlossen, und das neue Gesetz schafft nun einfach die rechtliche Grundlage dazu. Zusammenfassend kann man also sagen, dass die bisherige Praxis grundsätzlich weitergeführt wird und kaum Neuerungen erfol-

gen werden. Im Kanton Bern soll weiterhin ein Angebot an Beratungsstellen für Opfer von Straftaten sichergestellt sein. Die Beratung wird übrigens jetzt schon durch die drei vom Kanton Bern finanzierten Frauenhäuser geleistet; das wird auch weiterhin so sein. Einzig hinter den Kulissen wird diese Beratungstätigkeit künftig im EG OHG geregelt, während die institutionelle Grundlage der Frauenhäuser weiterhin im Sozialhilfegesetz geregelt bleibt.

Das EG OHG hat bereits im Vernehmlassungsverfahren grosse Zustimmung erfahren und wurde allgemein begrüsst und unterstützt. Auch die vorberatende Kommission hat das Gesetz nach einer gütlichenden Diskussion einstimmig zuhanden des Grossen Rats verabschiedet. Ein Kommissionsmitglied stellte den Antrag, die Gesundheits- und Fürsorgedirektion zu verpflichten, die Öffentlichkeit über das Angebot der Opferhilfe zu informieren. Dieser Antrag wurde knapp abgelehnt. Man wollte diese Dienstleistung, die heute offenbar bereits besteht, nicht explizit im Gesetz verankern. Nach einstimmiger Annahme des Gesetzes wurde der Antrag auf nur eine Lesung gestellt. Die Kommission und die Regierung beantragen deshalb dem Grossen Rat, wie in den Unterlagen ersichtlich, das Gesetz in einer Lesung zu verabschieden. Im Kanton Bern wird weiterhin ein gutes Angebot an Beratungsstellen zur Verfügung stehen, und die Opfer können sämtliche Formen von Hilfe in Anspruch nehmen. Diese Garantie besteht, gerade jetzt mit der neuen gesetzlichen Grundlage.

Christine Schnegg-Affolter, Lyss (EVP). Die Opferhilfe ist für Betroffene nachweislich eine wichtige Institution. Die Beratungsstellen helfen durch ihre Beratungen, ihre rechtliche Unterstützung und durch das Auszahlen von Entschädigungen und Genugtuung Leid zu lindern. Das vorliegende Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz ist gut erarbeitet und durch die Vernehmlassungspartner und den Einsatz einer Fachgruppe breit abgestützt. Es regelt im Prinzip die bewährte bisherige Praxis. Die Zuständigkeiten sind klar geregelt und das Abschliessen von Leistungsverträgen ist nun gesetzlich verankert. Wir sind mit den Ausführungen des Gesetzes einverstanden und beantragen Eintreten sowie Verabschiedung in einer Lesung.

Katrin Zumstein, Langenthal (FDP). Christine Schnegg hat mein Votum fast wortwörtlich vorweggenommen. Es bringt wohl nichts, wenn ich nochmals dasselbe sage. Auch die FDP ist selbstverständlich für Eintreten und Verabschiedung in einer Lesung.

Flavia Wasserfallen, Hinterkappelen (SP-JUSO). Auch ich fasse mich kurz, allerdings nicht ganz so kurz wie meine Vorrednerin. Auch die SP-JUSO hat das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Opferhilfe unterstützt. Ich möchte ebenfalls nochmals erwähnen, dass die Opferhilfe eine sehr wichtige Institution ist, die Opfer von Straftaten betreut und unterstützt. Das Einführungsgesetz verändert die bisherige Praxis, die sich bewährt hat, nicht wesentlich. Es gibt einige Veränderungen bei den Zuständigkeiten, die effizienzsteigernd sind und eine klarere Ausgangslage schaffen. Etwas bedauert die SP-JUSO jedoch: Auf Bundesebene wurde entschieden, auf Entschädigung und Genugtuung bei Straftaten im Ausland zu verzichten. Damit wurde auf Bundesebene eine Sparmassnahme beschlossen. Wir bedauern ebenso, dass der Kanton nicht bereit war, weiter zu gehen und nicht darauf zu verzichten.

Die Präsidentin der Kommission erwähnte in ihrem Votum, dass die SP-JUSO-Fraktion einen Antrag zur Bekanntmachung des Angebots stellte. Wir wollten, dass das Angebot der Opferhilfe grundsätzlich von der GEF bekannt gemacht wird und die Bekanntmachung des spezifischen Angebots

durch die Beratungsstellen erfolgt. Diese Unterscheidung hätten wir gerne im Gesetz gehabt. Die GEF hat jedoch versichert, dass es so gemeint ist und wir das deshalb nicht im Gesetz festschreiben müssen. Unser Antrag wurde knapp abgelehnt, wir konnten uns mit der Erklärung der GEF zufriedengeben. Wir stellten verschiedene weitere Fragen, die beantwortet wurden. Die SP-JUSO empfiehlt deshalb im Grossen und Ganzen, dem Gesetz zuzustimmen; sie unterstützt auch den Antrag auf nur eine Lesung.

Elisabeth Blaser-Gerber, Oberthal (BDP). Der vorliegende Gesetzesentwurf übernimmt im Grossen und Ganzen die Bestimmungen der bisherigen Einführungsverordnung und nimmt so die nötigen Anpassungen an das revidierte Opferhilfegesetz vor. Wir haben bereits einiges darüber gehört. Für die BDP-Fraktion ist das Einführungsgesetz logisch, praxisbezogen und übersichtlich aufgebaut. Es regelt die Zuständigkeiten und vermeidet Doppelspurigkeiten. Es ist ein schlankes Gesetz. Wir begrüssen die Festsetzung eines Höchstbetrags bei Genugtuungsleistungen. Weil es ein so schlankes Gesetz ist, würden wir auch begrüssen, wenn die Bekanntmachung des Angebots in der Verordnung nicht ausschliesslich den Beratungsstellen, sondern auch der GEF als entsprechende Aufgabe übertragen würde. Die BDP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und für Beratung in einer Lesung. Sie stimmt dem Gesetzesentwurf zu.

Andreas Lanz, Thun (SVP). Ich kann mich kurz fassen. Die SVP stimmt dem Gesetz in der vorliegenden Form einstimmig zu und möchte nur eine Lesung. Wir haben es hier nur mit technischen Anpassungen zu tun. Wie wir gehört haben, stehen nur wenige Nuancen im Raum. Im Kanton ist neu die GEF zuständig. Das hatte zur Folge, dass eine Begleitgruppe das Ganze bearbeitet hat; anschliessend wurde es von der Kommission behandelt. Diese hat dem Gesetz innert kurzer Zeit zugestimmt. In dem Sinn stimmen wir ebenfalls zu.

Philippe Perrenoud, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. Ma Direction a décidé de préparer une loi cantonale portant introduction de la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions, abrégée en français LiLAVi, pour trois raisons. Il était nécessaire d'adapter la législation cantonale à la nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions; deuxièmement, il fallait placer l'actuelle ordonnance portant introduction de la loi fédérale au rang normatif approprié; finalement, il convenait de regrouper les dispositions relatives à l'aide aux victimes figurant dans divers actes législatifs. C'est une introduction ordinaire qui règle tout ce qui est indispensable pour appliquer le droit fédéral dans le canton de Berne, soit les compétences des centres de consultation ainsi que celles de ma Direction, l'institution de centres de consultation, qui se fait sous forme de contrats de prestations, l'étendue de l'aide matérielle, la procédure et enfin la compensation des charges. Il est important de souligner que l'action du canton est limitée à l'organisation de l'aide aux victimes, aux modalités de la fourniture de prestations et la définition de l'aide matérielle et aux procédures cantonales. Qu'est-ce qu'il y a comme nouveautés? La LiLAVi reprend les dispositions de l'actuelle ordonnance d'introduction et consacre la pratique actuelle qui a fait ses preuves dans son ensemble. Les nouveautés sont: la reconnaissance des centres de consultation est remplacée par les conditions préalables à remplir pour la proposition d'un contrat de prestations; deuxièmement, les compétences sont définies, les centres de consultation sont responsables du conseil et de l'aide immédiate, ma Direction de l'aide à plus long terme fournie par un tiers comme de l'indemnisation ou de la réparation morale; enfin ces dernières sont portées à la compensation des char-

ges. Je vous rappelle que dans la procédure de consultation le projet a été bien accueilli, les milieux intéressés ont notamment relevé le regroupement dans un seul acte législatif et son inscription au niveau normatif approprié et certains participants à la procédure auraient souhaité que le volume de l'aide immédiate et de l'aide à plus long terme fournie par les centres de consultation ou par les tiers reste déterminé par la pratique et non pas par le Conseil-exécutif. Une ordonnance pour fixer l'étendue de l'aide matérielle, signe de transparence et de sécurité du droit, nous paraît cependant préférable. Je vous demande d'approuver la proposition commune du Conseil-exécutif et de la commission consultative.

Präsidentin. L'entrée en matière est-elle combattue? – Nous entrons en matière, il y a une proposition d'une seule lecture. Nous votons sur la proposition de ne faire qu'une seule lecture de cette loi.

Abstimmung

Für Behandlung des Gesetzes in einer Lesung 110 Stimmen
Dagegen 0 Stimmen
0 Enthaltungen

Detailberatung

Art. 1–17

Angenommen

Titel und Ingress

Angenommen

Kein Rückkommen

Namentliche Schlussabstimmung

Für Annahme des Gesetzes in erster und einziger Lesung stimmen: Aebischer, Aellen, Ammann, Amstutz, Antener, Arm, Astier, Balli-Straub, Barth, Baumgartner, Bernasconi (Worb), Bernhard-Kirchhofer, Bhend, Bieri (Oberbipp), Bieri (Spiez), Blanchard, Blaser, Blaser-Gerber, Bregulla-Schafroth, Brönnimann, Brunner, Burkhalter, Burkhalter-Reusser, Burn, Eberhart, Etter, Fischer (Meiringen), Freiburghaus, Friedli, Fritschy-Gerber, Früh, Gasser, Gerber, Graber, Grivel, Grossen, Hadorn, Haldimann, Hänni, Hänsenberger-Zweifel, Häsler, Hess, Hirschi, Hostettler, Hufschmid, Iannino Gerber, Indermühle, Iseli, Jenk, Jost, Kast, Keller, Kipfer, Kleiner, Kneubühler, Kronauer, Küng-Marmet, Künzli, Kurt, Lanz, Lauterburg-Gygax, Lemann, Leuenberger, Loosli-Amstutz, Lüthi, Markwalder, Marti Anliker, Masshardt, Messerli (Interlaken), Messerli (Kirchdorf), Messerli (Nidau), Moeschler, Morier-Genoud, Moser, Mühlheim, Näf-Piera, Neuenschwander, Oester, Pauli, Pfister, Ramseier, Rérat, Rhyn, Rösti, Rufer-Wüthrich, Ryser, Schär, Scheurer, Schlegel, Schmid, Schmidhauser, Schnegg-Affolter, Schneiter, Schori, Schwarz-Sommer, Siegenthaler, Simon-Jungi, Sommer, Spring, Stalder, Stalder-Landolf, Staub, Steiner, Steiner-Brütsch, Struchen, Stucki (Bern), Stucki (Ins), Stucki-Mäder, Sutter, Vaquin, Villos-Muamba, von Allmen (Gimmelwald), Wälchli, Wasserfallen, Widmer, Wyss, Zryd, Zuber, Zumbrunn, Zumstein (120 Ratsmitglieder)

Dagegen stimmen: (Keine Ratsmitglieder)

Der Stimme enthält sich: Baumberger (1 Ratsmitglied)

Abwesend sind: Baltensperger, Beeri-Walker, Bernasconi (Bern), Blank, Bommeli, Brand, Desarzens-Wunderlin, Feller,

Fischer (Lengnau), Flück, Fuchs, Geissbühler, Gfeller, Giauque, Gränicher, Grimm, Haas, Haudenschild, Heuberger, Hofmann, Jenni, Kilchherr, Klopfenstein, Kropf, Linder, Löffelwenger, Meyer, Morgenthaler, Pardini, Reber, Ruchti, Schärer, Scherrer, Scheuss, Streiff-Feller, Studer, Vaucher-Sulzmann, von Allmen (Thun) (38 Ratsmitglieder)

Präsidentin Chantal Borno Flück stimmt nicht.

Präsidentin. Vous avez adopté la loi en première et unique lecture par 120 oui, 0 non et 1 abstention.

201/09

Dringliche Motion BDP (Pauli, Schliern) – Stopp dem Anstieg der Krankenkassenprämien

Wortlaut der Motion vom 2. Juni 2009

Der Regierungsrat wird ersucht, ab dem 1. 1. 2010 nur noch Spitäler auf der Spitalliste aufzuführen, die bereit sind, einen entsprechend angepassten Leistungsvertrag zu unterzeichnen, wie er seit einigen Jahren als Steuerinstrument für die Regionalen Spitalzentren angewendet wird. Dieser muss als wesentliche Elemente zwingend beinhalten:

1. Abrechnung mit den Krankenversicherern im OKP-Bereich nach DRG und Entschädigung mit der gleichen Baserate wie in den regionalen öffentlichen Spitälern im Kanton Bern, wobei diese auch einen entsprechenden Anteil für Anlagenutzungs- und Investitionskosten beinhalten soll.
2. Deckelung des jährlich abgerechneten Caseload durch Monitorisierung von Fallzahl und durchschnittlicher Fall schwere (Case Mix Index) analog der heutigen Praxis bei den Regionalen Spitalzentren für sämtliche Spitäler, die auf der Spitalliste figurieren.

Begründung

Die Höhe der Krankenkassenprämien schadet dem Standort Kanton Bern massiv. Nach verschiedenen Analysen ist klar, dass im Kanton folgende Gründe für die sehr hohen Kassenprämien verantwortlich sind.

1. Die Behandlung in den Privatspitälern, die sich ausnahmslos auf der Spitalliste befinden, geht im Bereich der obligatorischen Grundversicherung voll zu Lasten der sozialen Krankenversicherer. Die öffentliche Hand wird dadurch entlastet.
2. Im Kanton Bern gibt es dadurch im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich viele Spitäler auf der Spitalliste.
3. Der vom Bundesrat in einem Rekursverfahren zurückgewiesenen OKP-Tarif, der in den Privatspitälern immer noch zur Anwendung gelangt, ist im Vergleich zur DRG-Abrechnung in den regionalen Spitalzentren mindestens 20 Prozent höher, auch unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Fallschwere.

Es muss jetzt gehandelt werden. Ein Warten auf die neue Spitalfinanzierung ab 2012 kann nicht mehr verantwortet werden,

- weil sonst die öffentlich finanzierten Spitäler, die bereits heute einem Leistungsvertrag unterstehen, gegenüber den privat finanzierten Spitälern bezüglich Angebotsspektrum und Ausbau-Standard noch mehr in Rückstand geraten.
- Weil ein unverändertes Weiterführen der heutigen Spitalliste nach 2011 dem Kanton wegen der Übernahme des Sockelbetrags an die Grundversicherung ab 2012 eine Mehrbelastung von weit über 300 Mio. Franken pro Jahr aufbürden würde.

- Weil sich mit der bereits angekündigten Senkung der Base Rate in den öffentlich finanzierten Listenspitälern die Anstellungsbedingungen markant verschlechtern könnten. Der Mangel an Personal in den öffentlichen finanzierten Spitälern würde so weiter akzentuiert.

(Weitere Unterschriften: 16)

Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 19. August 2009

Der Regierungsrat begrüsst die Zielsetzung der Motion, dass durch eine möglichst rasche Intervention ein weiterer Anstieg der Krankenkassenprämien eingedämmt werden soll. Diese Zielsetzung entspricht auch den erklärten Absichten des Regierungsrats.

Ingress

Die Spitalliste ermächtigt den Leistungserbringer zur Erbringung von Leistungen zu Lasten der Grundversicherung. Die auf der Spitalliste aufgeführten Institutionen und der Kanton müssen aufgrund der aktuellen gesetzlichen Grundlagen (KVG und SpVG) nicht zwingend einen Leistungsvertrag abschliessen. Der Kanton Bern könnte zwar auch mit Privatspitälern Leistungsverträge abschliessen; dies würde aber bedeuten, dass sich der Kanton schon heute an den Kosten der Privatspitäler beteiligen müsste, obwohl das aufgrund der aktuellen gesetzlichen Grundlagen noch nicht vorgesehen ist. An einem runden Tisch vom 18. Mai 2009 hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion mit den Partnern (Vertreter der Krankenversicherer und der Spitäler) vereinbart, die Spitalliste 2010 insofern anzupassen, dass pro Institution eine Mengengrenzung definiert wird. Dies entspricht auch der Forderung des Bundesrats in seinem Entscheid vom 25. Februar 2009 betreffend Aufhebung der Spitalliste 2007.

Ziffer 1

Tarifverträge regeln die Abgeltung, welche die Krankenversicherer für die Leistungen aus der Grundversicherung gegenüber den Spitälern leisten müssen. Die Privatspitäler des Kantons Bern haben mit den Krankenversicherern seit dem Jahr 2005 einen Tarifvertrag (den so genannten OKP-Vertrag) abgeschlossen. Der Regierungsrat hat diesen Vertrag seinerzeit genehmigt und denselben für das Jahr 2009 verlängert. Da sich die Parteien im Laufe dieses Jahres nicht auf einen Anschlussvertrag einigen konnten, muss der Regierungsrat für das Jahr 2010 einen Tarif festsetzen.

Die vom Motionär geforderten Eckwerte seitens der Krankenversicherer – Entschädigung nach DRG, vergleichbare Baserate zu den öffentlichen Spitälern – können in diesem Verfahren aufgenommen werden. Die für Privatspitäler geltenden Besonderheiten (keine Beteiligung des Kantons an den Betriebs- und Investitionskosten der Privatspitäler) sind dabei in jedem Fall zu beachten.

Ziffer 2

Die Begrenzung der Leistungsmenge kann über die Spitalliste erfolgen, was, wie in der Einleitung beschrieben, in Vorbereitung ist. Im Rahmen des Tariffestsetzungsverfahrens ist überdies zu prüfen, ob zusätzlich eine Mengensteuerung mittels degressiver Pauschalen möglich ist. Damit eine Mengensteuerung über die Abgeltung seitens der Krankenversicherer umgesetzt werden kann, müssten alle Krankenversicherer gemeinsam ein Monitoring der Fallzahlen aufbauen und entsprechend umsetzen. Es ist fraglich, ob die Versicherer hierzu kurzfristig in der Lage sind. Der Regierungsrat würde ein solches Vorgehen begrüssen.

Da sich der Kanton heute noch nicht an den Kosten der Privatspitäler beteiligen kann, kann der Vorstoss nur als Postulat

angenommen werden. Es ist beabsichtigt, die Ziffern 1 und 2 so weit wie möglich umzusetzen. Antrag: Annahme als Postulat.

Daniel Pauli, Schliern (BDP). Zunächst eine Vorbemerkung: Die Motion ist in einem wichtigen Punkt nicht ganz präzise formuliert. Mit den Listenspitälern meine ich eigentlich alle Listenspitäler mit Ausnahme der Insel. Das Thema Base Rate der Insel wurde bereits mehrmals behandelt. Das ist kein Thema mehr. Deshalb fällt die Insel nicht unter die Motion. Die GEF moniert, dass beim Abschluss eines Leistungsvertrags zwischen Kanton und Privatspitälern der Kanton quasi automatisch den Sockelbeitrag bezahlen müsse, wie es ab 2012 vorgesehen ist. Die Kassenvertreter verneinen diesen Automatismus. Ich bin nicht Jurist und kann es deshalb nicht abschliessend beurteilen.

Die Motion verlangt eine einheitliche DRG, also eine Diagnosegewicht-basierte Abgeltungsrechnung und eine symmetrische Mengenbegrenzung. Beide Forderungen gehören zum Katalog der gleich langen Spiesse. Beide sind noch nicht erfüllt und sollten 2012 erfüllt werden. Es ist selbstverständlich, dass mit der neuen Spitalfinanzierung ab 2012 die Spiesse für alle Spitäler überall gleich sein müssen. Wegen des Prämienschocks versuche ich mit der Motion, diesen Prozess zu beschleunigen. Ich verlange überall gleich berechnete Leistungen der Versicherer zulasten der Grundversicherer und eine Mengenbegrenzung an allen Spitälern. Natürlich muss die Mengenbegrenzung so ausgestaltet sein, dass nicht schwache Strukturen zulasten von effizienten Anbietern erhalten bleiben. Die Mengenbegrenzung ist jedoch zwingend und eine Forderung des KVG. Ein Gerichtentscheid verlangt explizit eine Mengensteuerung in der neuen Spitalliste 2010.

Nach allem, was ich seinerzeit unternommen hatte, sollte es allen im Rat klar sein, dass ich kein Gegner der Privatspitäler bin. Ich hatte bekanntlich versucht, Privatspitäler und öffentliche Spitäler unter einen Hut zu bringen. Das gelang mir nicht. Die Motion will keinesfalls die Privatspitäler schädigen. Die Differenz der 20 Prozent in der Begründung der Motion bezieht sich ganz klar – das auch zuhanden der Presse – nur auf die Kassenleistungen, die dabei fliessen. Damit sage ich keinesfalls, die Privatspitäler würden teurer arbeiten als die öffentlichen. Ein Gesamtkostenvergleich bei den beiden Kategorien ist gar nicht möglich, da die Auftragslage unterschiedlich ist: auf der einen Seite umfassende Grundversorgung, auf der andern Seite selektive Grundversorgung. Die Abgeltungsberechnung der Kassen muss jedoch vereinheitlicht werden.

Aufgrund der nicht ganz präzisen Formulierung bezüglich Inseelspital, der offenbar nicht ganz klaren unmittelbaren Folgen beim Abschluss eines Leistungsvertrags und der Schwierigkeiten, die Forderungen betreffend Mengenbegrenzung zielführend und zeitgerecht umzusetzen, ist es sicher gerechtfertigt, das Anliegen nur als Postulat zu überweisen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat deutlich fest, er wolle die gleich langen Spiesse möglichst schnell umsetzen. Ich bin davon überzeugt, dass im Rat eigentlich alle gleich lange Spiesse in einem fairen Wettbewerb wollen. Ich kann nicht verstehen, wie man dagegen sein kann, die gleich langen Spiesse angesichts der Prämiensituation etwas früher einzuführen. Mit der Wandlung in ein Postulat besteht keine Differenz zur Regierung mehr; ich bitte den Rat, den Vorstoss diskussionslos unter Namensaufruf als Postulat zu überweisen.

Franziska Fritschy, Rüfenacht (FDP). Unsere Privatspitäler sind heute leider ein wichtiger Faktor für die Höhe der Krankenkassenprämien. Und zwar deshalb, weil wir, historisch bedingt, relativ viele Privatspitäler haben und weil die Krankenkassen auch Kosten für Behandlungen in Privatspitälern

ganz allein zahlen müssen. Seit 2005 zahlen daher die Krankenkassen für Behandlungen in Privatspitälern etwa dreimal so viel wie in öffentlichen Spitälern. Es ist deshalb nicht unbedingt erstaunlich, dass die Motionäre zur sofortigen Prämiensenkung die Privatspitäler ins Visier nehmen. Die Motionäre suggerieren zumindest, dass der Tarif in Privatspitälern etwa 20 Prozent höher sei als in öffentlichen. Es wäre wichtig zu wissen, wie viel die verschiedenen Spitäler insgesamt pro Fall erhalten und wie viel davon vom Kanton und von den Krankenkassen. Die FDP hat deshalb eine Interpellation mit den entsprechenden Fragen eingereicht. Sie wurde leider noch nicht beantwortet. Ab 2012 werden die Behandlungen in allen Spitälern genau gleich finanziert. Der Kanton wird deshalb ab 2012 mehr an Spitalbehandlungen zahlen müssen. Im Gegenzug werden die Krankenkassenprämien sinken. Für die Prämienhöhe wird es keine Rolle mehr spielen, ob die Leistungen in einem privaten oder in einem öffentlichen Spital erbracht werden. Prämienrelevant und zugleich relevant für die finanzielle Belastung des Kantons werden einzig die Kosten der erbrachten Leistungen sein. Wir müssen also alles daran setzen, dass ab 2012 alle Spitäler auf der Spitalliste kostengünstig arbeiten und qualitativ gute Leistungen erbringen. Im Moment spricht jedoch nichts dagegen, dass die Privatspitäler diese Anforderungen mindestens ebenso gut erfüllen wie die öffentlichen Spitäler. Die Motionäre wollen aber bereits vorher, 2010/11 handeln, sprich um Prämien zu senken die Privatspitäler drangsaliieren. Etwas anderes ist es nicht.

Die Motionäre fordern, dass auf 2010 der Tarif für Leistungen der Privatspitäler mit Leistungsverträgen so festgesetzt wird, dass die Entschädigung insgesamt etwa gleich ist wie für Leistungen der RSZ (Regionale Spitalzentren). Bei dieser Forderung wird deutlich, dass die Motionäre davon ausgehen, dass die Leistungen der Privatspitäler heute insgesamt besser entschädigt werden als die Leistungen der RSZ. Andernfalls würde diese Forderung gar keinen Sinn machen. Leider kennen wir, wie gesagt, die Vergleichszahlen nicht. Der Direktor eines Privatspitals äusserte jedoch, dass die Privatspitäler mit einem solchen Tarif wesentlich besser entschädigt würden als heute. Die FDP möchte sicher die Privatspitäler nicht plötzlich besser entschädigen. Schon aus diesem Grund müssen wir diesen Punkt ablehnen. Weil die Entschädigungssysteme von Privatspitälern und RSZ grundsätzlich unterschiedlich sind, ist es gar nicht möglich, dass die Entschädigungen für Leistungen von Privatspitälern und RSZ in den nächsten zwei Jahren gleich werden. Und Leistungsverträge mit freiwilligen Zahlungen des Kantons kommen sicher nicht in Frage. Dazu kommt, dass die Privatspitäler entgegen den Aussagen der Regierung bereits mit vielen Kassen Verträge bis 2011 abgeschlossen haben. Die DRG-Regelung gemäss Ziffer 1 könnte also nur beschränkt angewendet werden. Die Abrechnung würde dadurch erheblich erschwert. Ab 2012 kommt ohnehin ein völlig neues Abrechnungssystem. Alles spricht also für eine Ablehnung von Ziffer 1.

Ziffer 2 ist noch weniger akzeptabel. Es wird gefordert, die jährliche Fallzahl der Privatspitäler zu begrenzen. Der Bundesrat verlangt jedoch für die Spitalliste nur eine Begrenzung der Bettenzahl. Das ist ein grosser Unterschied. Die Fallzahlbegrenzung bedeutet Strukturhaltung, und das wollen wir nicht. Noch schlimmer ist das Ansinnen des Regierungsrats, mit degressiven Pauschalen zusätzliche Mengensteuerung und damit wiederum Strukturhaltung zu betreiben. Nebst dem allem gibt der Regierungsrat zu, dass es fraglich ist, ob die Krankenkassen kurzfristig die gewünschten Mengenangaben liefern könnten. Die Wandlung der Motion in ein Postulat ändert nichts. Der Regierungsrat schreibt selbst, er beabsichtige, die Ziffern 1 und 2 so weit als möglich umzu-

setzen. Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss auch als Postulat ab und bedauert, dass ihn die Motionäre nicht zurückgezogen haben.

Schluss der Sitzung um 11.47 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Priska Vogt (d)

Catherine Graf Lutz (f)